

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 17/90

Berlin

26. April 1990

57. Jahrgang

Quantitative Aspekte einer Reform von Wirtschaft und Finanzen in der DDR

Ein Überblick

In der Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft und den daraus abgeleiteten Modalitäten für eine Währungsunion spielt das Gefälle der Arbeitsproduktivitäten eine erhebliche Rolle. Vertieft man sich in die Berechnungen im einzelnen, die in diesem Zusammenhang angestellt worden sind, so zeigt sich, daß ein Produktivitätsvergleich zwischen der DDR und der Bundesrepublik außerordentlich schwierig ist. Dies erklärt auch die Spannweite der Rechenergebnisse für den Produktivitätsrückstand der DDR¹.

Produktivitätsvergleiche sind ohnehin als Basis für die Festlegung von Umtauschrelationen Mark der DDR zu D-Mark unzureichend. Aufschlußreicher ist demgegenüber eine Betrachtung, bei der die jeweiligen Kostenkomponenten unmittelbar mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik verglichen werden. Damit wird es möglich, nicht nur die Lohnkosten, sondern auch andere Kosten in die Betrachtung einzubeziehen, um Kostenvorteile und -nachteile für unternehmerische Aktivitäten in der DDR auszuloten.

Für einen Lohnkostenvergleich sind die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit die am besten geeignete Größe. Sie enthalten sowohl die Lohnsteuer als auch die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Sozialversicherung. Bezieht man diesen Betrag für das Jahr 1988 auf die Zahl der unselbständig Beschäftigten, so ergibt sich nach geltendem Recht für die DDR ein Durchschnittsbetrag von 14 300 Mark jährlich. In der Bundesrepublik sind es 46 300 DM. Das Lohnkostenniveau in der

DDR lag damit im Jahr 1988 bei 31 vH des Niveaus in der Bundesrepublik (Tabelle 1). Rechnerisch ist der Abstand bei den Stundenlöhnen noch größer, da die durchschnittliche Arbeitszeit je Beschäftigten in der DDR höher ist als in der Bundesrepublik Deutschland.

Kommt es zu einer Sozialunion, bei der die Aufwendungen für das System der sozialen Sicherung nach den gleichen Sätzen festgelegt werden wie in der Bundesrepublik, und wird auch der in der Bundesrepublik geltende Lohnsteuertarif übernommen, so erhöhen sich die Lohnkosten für die Unternehmen in der DDR erheblich. Statt der jetzigen Ausgaben von 27 Mrd. Mark müssen etwa 50 Mrd. DM aufgewendet werden, davon 44 Mrd. Sozialbeiträge und 6 Mrd. Lohnsteuer. Bezogen auf die Netto-Lohnsumme von 97 Mrd. DM sind das 52 vH, gegenüber 27 vH zur Zeit. Damit verändert sich das Lohnkostengefälle von 31 vH auf 37 vH.

Dieser Abstand rechtfertigt es, daß die Unternehmen die geltenden Arbeitsverträge zum Zeitpunkt der Währungsunion im Verhältnis 1 : 1 umstellen. Für die ohnehin kurz danach zu erwartenden Lohnverhandlungen wäre damit auch eine angemessene Grundlage geschaffen.

Weitaus gravierender noch als die Anpassung des Systems der sozialen Sicherung wären die Wirkungen einer Finanzreform auf das Kostenniveau der Unternehmen. Zur Zeit sind die Unternehmen in der DDR mit Kostensteuern belastet, die wesentlich höher sind als die Lohn-

¹ Vgl. Zum Produktivitätsvergleich Bundesrepublik — DDR. Bearb.: D. Cornelsen und W. Kirner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 14/1990.

Tabelle 1

**Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitseinkommen
im Vergleich¹⁾
1988**

	Bundesrepublik	DDR	DDR in Relation zur Bundesrepublik
	Mrd. DM/M		vH
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 126,4	123,9	11
Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	220,9	9,3	4
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	905,4	114,6	13
Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung	135,7	7,2	5
Lohnsteuer	164,9	10,0	6
Nettolohn- u. -gehaltsumme	604,8	97,4	16
	1000 Personen		vH
Beschäftigte Arbeitnehmer	24 350	8 670	36
	DM/Mark		vH
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer	46 260	14 290	31
Bruttolohn- u. -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer	37 190	13 220	36
Nettolohn- u. -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer	24 840	11 230	45
¹⁾ Inländerkonzept. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1, Wiesbaden 1989; Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 1988; Berechnungen des DIW.			

kosten. Ein großer Teil dieses Betrages wird zwar durch Subventionszahlungen wettgemacht. Der Saldo aus Kostensteuern und Subventionen macht jedoch immer noch 117 vH der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit aus (Tabelle 2). In der Bundesrepublik schlägt diese Kostenkomponente — indirekte Steuern ./ Subventionen — nur mit 19 vH der Lohnkosten zu Buche. Die Unternehmen in der DDR haben damit, bezogen auf die Lohnkosten, das Sechsfache der Belastung mit Kostensteuern im Vergleich zu den Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland zu verkraften.

Die Reduktion dieser Abgabenbelastung muß das Kernstück einer Finanzreform in der DDR sein. Würden die steuerlichen Regelungen der Bundesrepublik übernommen, würden die Kostenentlastungen bei den Abgaben ein Mehrfaches der Erhöhung der Lohnkosten im Zuge einer Sozialunion ausmachen. Im Verbund von

- Sozialunion mit einer Erhöhung der Lohnkosten um ein Fünftel und
- Finanzunion mit einer Reduktion der Steuerbelastung bei gleichzeitigem Abbau der Subventionen

käme es per Saldo zu Kostenentlastungen in der Größenordnung von 25 vH im Vergleich zum Status quo².

Die Abschreibungen sind in der DDR im Verhältnis zu den Lohnkosten etwa doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik. Bei einer Neubewertung des Anlagevermögens, die im Zuge einer Währungsunion auf jeden Fall erforderlich ist, würden sich das Anlagevermögen und die Abschreibungen beträchtlich verringern. Bezieht man auch diese Kostenentlastung in die Betrachtung ein, so würde sich der Spielraum, der für Preissenkungen genutzt werden könnte, auf etwa ein Drittel erhöhen.

- Ein System der sozialen Sicherung, in dem die Risiken
- der Alterssicherung,
 - der Gesundheitsversorgung und
 - der Arbeitslosigkeit

nach den gleichen Prinzipien abgesichert werden wie in der Bundesrepublik, würde sich schon bald selbst tragen, wenn es gelingt, die Beschäftigungslage in der DDR zu stabilisieren. Bis dahin ist eine Anschubfinanzierung erforderlich³. Es ist zu vermuten, daß insbesondere die

² Vgl. den Beitrag „Kostenentlastung der Betriebe durch Abgabenreform“. S. 233 ff.

³ Vgl. DDR: Übergang zum neuen Rentensystem schwierig. Bearb.: E. Kirner, H. Vortmann, G. Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 14/1990.

Tabelle 2

Kostenstrukturen im Vergleich
1988

	Bundesrepublik Mrd. DM	DDR Mrd. Mark	Bundesrepublik	DDR
			in vH der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 124,9	123,9	100	100
Kostensteuern ./.Subventionen	209,2	145,3	19	117
Kostensteuern	256,9	206,0	23	166
Subventionen	47,7	60,7	4	49
Abschreibungen	260,8	52,4	23	42
Übrige Teile der Wertschöpfung	515,7	24,5	46	20
Bruttoinlandsprodukt	2110,6	346,1	188	279

Quellen: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1, Wiesbaden 1989; Statistisches Jahrbuch der DDR — 1989, Staatshaushalt; Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 1988; Berechnungen des DIW.

Arbeitslosenversicherung in der ersten Zeit nicht die Einnahmen erbringen würde, die notwendig sein werden, um eine erhöhte Arbeitslosigkeit in der ersten Phase nach der Umstellung der DDR-Wirtschaft zu finanzieren.

Die Probleme, die eine Finanzreform zu lösen hätte, sind gravierender. Bisher wurden aus dem Staatshaushalt der DDR, der 1988 ein Volumen von 270 Mrd. Mark hatte,

- das System der sozialen Sicherung,
- das Angebot an Infrastrukturleistungen,
- eine Reihe darüber hinausgehender Aktivitäten, die von den Gewerkschaften bis zum Staatssicherheitsdienst reichen,
- Subventionen an die Wirtschaft, vor allem an den Nahrungsgüterbereich, den Verkehr und die Wohnungswirtschaft sowie
- ein großer Teil der Investitionstätigkeit und der Ausgaben für Forschung und Entwicklung der volkseigenen Wirtschaft

finanziert. Eine grobe Struktur des Staatshaushalts zeigt Tabelle 3.

Um den Staatshaushalt mit einem solchen Aufgabenspektrum an die Verhältnisse in der Bundesrepublik anzupassen, sind radikale Schnitte unerlässlich. Auf der Ausgabenseite muß vor allem folgendes geleistet werden:

- Das System der sozialen Sicherung sollte aus dem Staatshaushalt ausgegliedert und in unabhängigen Sozialhaushalten organisiert werden. Dies ist schon deshalb zweckmäßig, damit das Finanzgebaren dieser Haushalte von sachfremden Einflüssen freigehalten wird.

- Die Ausgaben für die „Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse“ sollten auf das Angebot an Infrastrukturleistungen beschränkt werden. Dies bedeutet, daß eine Reihe darüber hinausgehender Aktivitäten entweder als selbständige Einrichtungen aus dem Staatshaushalt ausgegliedert werden oder aber abgeschafft werden, wie dies in Teilen schon geschehen ist.
- Die Subventionierung der Wirtschaft, von der zu mehr als 50 vH der Nahrungsgüterbereich profitiert, sollte auf ein Minimum reduziert werden, das erforderlich ist, damit die zu erwartenden Preiserhöhungen bei hoch subventionierten Nahrungsgütern, im Verkehr und bei den Wohnungsmieten in Grenzen gehalten werden können. Da es sich hier um Bereiche handelt, die auch in der Bundesrepublik subventioniert werden — entweder aus Haushaltsmitteln oder im Rahmen der EG —, wird man auf mittlere Frist nur eine Lösung ansteuern können, die auf eine Vereinheitlichung der Subventionssysteme hinausläuft.
- Es gehört zu den wesentlichen Elementen marktwirtschaftlich organisierter Wirtschaften, daß Investitionsentscheidungen und die Beschaffung der Mittel zur Finanzierung dieser Investitionen in die Kompetenz der Unternehmen fallen. Dies muß auch für die DDR-Wirtschaft gelten. Damit entfällt der Bedarf an zentralen staatlichen Fonds zur Steuerung der Investitionstätigkeit der Wirtschaft.

Es wäre unseriös, solche Überlegungen anzustellen, ohne auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die die Umsetzung einer derartigen Reform bereiten wird. Dennoch sollte man nicht darauf verzichten, auch ein quantitatives Bild der Auswirkungen einer solchen Reform des Staats-

haushaltes der DDR zu zeichnen, wie dies in Tabelle 3 geschehen ist. Dies ist schon deshalb notwendig, um deutlich zu machen, daß eine solche Finanzreform nicht ohne erhebliche finanzielle Beiträge der Bundesrepublik zustande kommen kann.

Ein Einnahmensystem nach dem Zuschnitt der Bundesrepublik, auf die DDR übertragen, bringt in den ersten Jahren nach der Währungsunion nicht genügend Erträge, um einen nach den oben skizzierten Prinzipien reformierten Staatshaushalt zu finanzieren. Was aus Mitteln der DDR geleistet werden kann, sind

- die staatlichen Sozialtransfers,
- die Zinszahlungen einschließlich jener für Ausgleichsforderungen, die entstehen, wenn der Staat die Nettoverbindlichkeiten der Betriebe gegenüber den Banken übernimmt⁴, und
- die laufenden Kosten, die der Betrieb der Infrastruktureinrichtungen erfordert, also die im Staatsverbrauch zusammengefaßten Personal- und Sachausgaben.

Diese Ausgaben lassen sich überschlägig auf 54 Mrd. DM beziffern. Ihnen stünden Einnahmen in gleicher Höhe gegenüber, davon 46 Mrd. DM aus Steuern⁵.

Damit kommen auf die Bundesrepublik Finanzierungsbeiträge zu, deren Größenordnung bestimmt wird

- von dem für notwendig erachteten Volumen an investiven Ausgaben für die Rekonstruktion und den Ausbau der Infrastruktur sowie
- den Subventionen zur Abfederung der Anpassungsprozesse, vor allem in der Landwirtschaft und bei den Lebenshaltungskosten.

Im Jahr 1988 wurde etwa die Hälfte der Subventionen von insgesamt 61 Mrd. Mark für den Nahrungsgüterbereich aufgewendet mit dem Ziel, die hohen Produktionskosten auf ein Verbraucherpreisniveau zu senken, das 1985 um 15 bis 20 vH unter dem in der Bundesrepublik lag⁶. In einem einheitlichen Währungsraum wird es sehr schnell schon bei den meisten Lebensmitteln zu einer Erhöhung der Preise kommen, die von der Bevölkerung auch verkraftet werden muß. Selbst zu diesen — höheren — Preisen ist die Landwirtschaft der DDR bei vielen Produkten nicht konkurrenzfähig, so daß mit erheblichen Produktions- und Beschäftigungseinbußen in diesem Wirtschaftszweig gerechnet werden muß⁷. Um diesen Prozeß abzufedern, werden für eine Übergangszeit einkommenswirksame Transfers an die Beschäftigten in der Landwirtschaft geleistet werden müssen, die sicherstellen, daß der Beschäftigtenabbau in der Landwirtschaft sozialverträglich vonstatten geht und es zu keinen abrupten Beschäftigungseinbrüchen kommt. Hierzu reichen allerdings Beträge von einem Fünftel dessen aus, was bisher an Subventionen in diesen Bereich geflossen ist.

Anders als im Nahrungsgüterbereich gibt es bei den Subventionen zur Stabilisierung der Verkehrstarife (bisher 5 Mrd. Mark) und der Wohnungsmieten (bisher 11 Mrd.

Mark) wenig Spielraum für Korrekturen nach unten, wenn in der Anfangsphase der Wirtschaftsreformen Preissteigerungen in diesen Bereichen in Grenzen gehalten werden sollen.

Für das Gelingen der Wirtschaftsreformen kommt einer Steigerung der investiven Ausgaben für die Rekonstruktion und Erweiterung der Infrastruktur eine entscheidende Rolle zu. Die in der Diskussion genannten Größenordnungen für den Bedarf, die bis in vierstellige Milliardenbeträge reichen, können sicherlich nur als Anhaltspunkt für die Dringlichkeit eines erheblichen Mitteleinsatzes zur Verfügung stehen, mit denen diese Aufgaben in Angriff genommen werden können.

Auf Dauer wird durch eine leistungsfähige Infrastruktur, mit der attraktive Standortbedingungen für unternehmerische Aktivitäten geschaffen werden, auch genügend Einnahmepotential der öffentlichen Haushalte erzeugt, um den Ausbau der Infrastruktur zu finanzieren. In der Startphase einer Wirtschaftsreform, wie sie auf die DDR zukommt, sind diese Bedingungen aber nicht gegeben. Die DDR befindet sich damit in dem Dilemma, aus eigener Kraft den Ausbau der Infrastruktur nicht leisten zu können und damit den notwendigen Prozeß der Wirtschaftsbelebung zu gefährden. Es liegt daher auch im eigenen Interesse der Bundesrepublik, hier einzuspringen, um nicht später mit den Folgen einer Verschleppung des Wirtschaftsaufschwungs in der DDR konfrontiert zu werden.

Für die Bruttoinvestitionen des Staates ist mit einer Aufstockung um 30 vH gegenüber dem Stand von 1988 gerechnet worden. Ebenso hoch ist der Zuwachs bei den Investitionen im Verkehr und der Nachrichtenübermittlung angesetzt worden, die in das Infrastrukturprogramm einbezogen worden sind.

Für ein solches Infrastrukturprogramm würde die Bundesrepublik 28 Mrd. DM aufwenden müssen. Hinzu kommen die Transfers zur Finanzierung von Subventionen in Höhe von 20 Mrd. DM sowie Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung von 4 Mrd. DM⁸. Zusammen mit den Einnahmen der Arbeitslosenversicherung würden die Mittel ausreichen, um 1 Mill. Arbeitslose zu versorgen.

⁴ Vgl. den Beitrag „Zinsbelastung des Staatshaushalts“. S. 228 ff.

⁵ Vgl. den Beitrag „Reform der öffentlichen Finanzen“. S. 226 ff.

⁶ Vgl. Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark der DDR 1985. Bearb.: M. Melzer und H. Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 21/1986.

⁷ Vgl. den Beitrag „Beschäftigungsstruktur und Beschäftigungsperspektiven der DDR-Wirtschaft“. S. 241 ff.

⁸ Beträge zur Anschubfinanzierung der Rentenversicherung wurden in diese Rechnung nicht einbezogen, da sie vermutlich nur zur Überbrückung einer kurzen Zeitspanne erforderlich sein werden.

Tabelle 3

Der Staatshaushalt der DDR
Status quo und Auswirkungen einer Finanzreform

	Status quo 1988	Anpassung an die Verhältnisse in der BRD		
		Staatshaushalt	Sozialhaushalt	Infrastrukturprogramm
Soziale Leistungen	30,5	10	42	
Renten	18,5	—	27	
Krankengeld	4,7	—	5	
Kindergeld u. Sonstiges	6,2	8	—	
Ausbildungsförderung	1,1	2	—	
Arbeitslosenunterstützung	—	—	10	
Staatsverbrauch¹⁾	63,9	34	13	
Personalausgaben	35,3	23	6	
Sachausgaben, sonstige Kosten, Gewinne	28,6	11	7	
Subventionen	60,7	20		
Nahrungsgüterwirtschaft	32,0	6		
Industrie	12,8	—		
Verkehr	5,0	4		
Wohnungsvermietung	10,9	10		
Zuschüsse für Investitionen, Forschung und Entwicklung und andere investive Zwecke	98,9	—		
Nahrungsgüterwirtschaft	9,4			
Industrie	84,5			
Verkehr	5,0			
Wohnungsvermietung	—			7 ²⁾
Bruttoinvestitionen	16,0	—		21
Nettozinszahlungen³⁾	—	10		
Ausgaben insgesamt	270,0	74	55	28
Direkte Steuern	19,2	8		
Lohnsteuer	10,0	6		
Einkommensteuer d. Produktionsgenossenschaften und Privaten	9,2	2		
Sonstige Steuern ⁴⁾	1,6	2		
Mehrwertsteuer ⁵⁾	—	18		
Kommunale Wertschöpfungssteuer ⁶⁾	—	12		
Steuern und Abgaben der Betriebe	206,0	6		
Lohnsummensteuer ⁷⁾	35,2	—		
Nettogewinnabführungen	43,6	—		
Produktions- und Handelsfondabgabe	30,0	—		
Verbrauchssteuern ⁸⁾	43,1	6		
Abgaben der Nahrungsgüterwirtschaft	12,5	—		
Sonstige Abgaben der volkseigenen Wirtschaft ⁹⁾	41,6	—		
Sozialbeiträge	18,8	—	51	
Rentenversicherung			27	
Krankenversicherung			18	
Arbeitslosenversicherung			6	
Abführungen der Banken und Versicherungen	9,8	—		
Gebühren	3,4	8		
Einnahmen insgesamt	258,8	54	51	0
Nicht spezifizierte Einnahmen, Finanzierungsdefizit	11,2			
Finanzierungslücke	—	20	4	28
Einnahmen insgesamt	270,0	74	55	28

1) Ohne dienstleistende Wirtschaft. — 2) Mittel zur Finanzierung der Verkehrs- und Nachrichteninfrastruktur. — 3) Einschließlich der Zinszahlungen für Ausgleichsforderungen der Banken an den Staat; diese entstehen, wenn der Staat die Nettoverbindlichkeiten der Betriebe gegenüber den Banken übernimmt. — 4) Kfz-Steuer, Gemeindesteuer u.ä. — 5) Einschl. Einfuhrumsatzsteuer. — 6) 6 vH. — 7) Beiträge zu gesellschaftlichen Fonds. — 8) Produktgebundene Abgaben. — 9) Fondsbildung der volkseigenen Wirtschaft aus Kosten und Gewinnen.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR — 1989, Staatshaushalt; Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 1988; Berechnungen des DIW.

Diese Größenordnung erscheint auch für den nach einer ersten Phase der Konsolidierung zu erwartenden Abbau von Arbeitsplätzen plausibel⁹. Insgesamt ergibt sich ein Betrag von 52 Mrd. DM, zu dem die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik zunächst einen erheblichen Beitrag leisten müßten.

Die Zusammensetzung dieses Betrages macht deutlich, daß es in der Anfangsphase ohne eine erhebliche Beteiligung der Bundesrepublik auch an den Transferzahlungen, die bei einer Wirtschaftsreform in der DDR zu leisten sein werden, nicht geht. Das muß nicht so bleiben. Sowohl bei den Subventionen als auch bei den Zuschüssen an die Arbeitslosenversicherung handelt es sich um Beträge, die bei einer kräftigen Belebung der Wirtschaftstätigkeit in der DDR wegfallen würden, so daß die freiwerdenden Beträge zur Aufstockung der Infrastrukturprogramme verwendet werden können. Je rascher und nachhaltiger der Wirtschaftsaufschwung in der DDR sein wird, um so größer wird auch der Finanzierungsbeitrag des DDR-Staatshaushalts sein.

Reform der öffentlichen Finanzen

Wichtigste Aufgabe einer Finanzreform ist es, das bisherige System von Abgaben, Subventionen und Investitionsfonds durch ein Steuersystem zu ersetzen, das — wie in der Bundesrepublik auch — in erster Linie an die erzielten Einkommen der Wirtschaftssubjekte und die Wertschöpfung der Unternehmen anknüpft.

Das Abgabensystem der DDR wurde bisher von den verschiedenen Abgaben der Betriebe dominiert, nämlich den Nettogewinnabführungen, der Produktions- und Handelsfondsabgabe, der produktgebundenen Abgabe, dem Beitrag für gesellschaftliche Fonds — einer Art Lohnsummensteuer — und sonstigen Abgaben der Betriebe. Der Anteil dieser Einnahmen am gesamten Staatshaushalt lag bei 70 vH. Hingegen waren die Steuern auf die Arbeitseinkommen bisher nur von nachrangiger Bedeutung für den Staatshaushalt. Anders als in der Bundesrepublik gab es in der DDR keinen einheitlichen Steuertarif für die Einkommen der Arbeitnehmer und der Selbständigen. Die Löhne der Arbeitnehmer wurden nach einem besonderen Tarif besteuert. Der Tarif begann mit einem Durchschnittssatz von 10 vH und betrug von einem Monatseinkommen in Höhe von 1 260 Mark an unverändert 20 vH (Steuerklasse I, unverheiratete Personen ohne Kinder). Einige Teile der Arbeitnehmereinkommen waren abgabenfrei, oder sie wurden nur gering besteuert; die effektive Belastung lag im Durchschnitt bei 9 vH. Im März 1990 ist für Arbeitnehmer ohne solche gering besteuerten Einkommensbestandteile ein monatlicher Freibetrag von 200 Mark eingeführt worden.

Die Selbständigen und die Genossenschaftsmitglieder wurden je nach Tätigkeit unterschiedlich besteuert. Der Durchschnittssteuersatz reichte bis 90 vH. Diese fast kon-

fiskatorischen Sätze sind im März spürbar gemildert worden: Der höchste Durchschnittssteuersatz beträgt nun 60 vH — für Einkommen von monatlich 30 000 Mark an; Einkommen von 6 000 Mark werden mit einem Durchschnittssatz von 25 vH besteuert. Das gleiche Gesetz legt den Körperschaftsteuersatz in der Spitze — bei jährlichen Einkommen von mehr als 200 000 Mark — auf 50 vH fest, im Falle der Ausschüttung sind es 36 vH. Beim Ausschüttungsempfänger werden 22,5 vH der Gewinnanteile auf die Einkommensteuer angerechnet.

Das Steuersystem der Bundesrepublik umfaßt etwa 40 Einzelsteuern mit sehr unterschiedlicher Dynamik und Aufkommenshöhe. Das Hauptgewicht haben inzwischen die Steuern auf Einkommen (einschl. Gewinne) erlangt, und die Lohnsteuer ist mit einem Anteil an den gesamten Steuern von 35 vH die aufkommenstärkste Einnahmequelle des Staates. Für ein monatliches Bruttoeinkommen von 1 000 DM errechnet sich ein durchschnittlicher Steuersatz von 3 vH, bei 2 000 DM sind es 10 vH, bei 3 000 DM schon 15 vH und bei 5 000 DM über 20 vH (jeweils Steuerklasse I oder IV, ohne Kinderfreibeträge). Der Spitzensteuersatz von 53 vH setzt bei einem monatlichen Einkommen von etwa 10 000 DM ein.

Das Gewicht der indirekten Steuern hat sich im Laufe der Jahre verringert. Während die Umsatzsteuer als aufkommenstärkste Verbrauchsteuer weitgehend an die nominale Entwicklung des Sozialprodukts gekoppelt ist, richtet sich das Aufkommen der speziellen Verbrauchsteuern nach Mengen; Preissteigerungen haben also keine Auswirkungen auf die Einnahmen.

Eine Schätzung des potentiellen Steueraufkommens in der DDR im Falle einer Währungsunion und bei Annahme eines Umtauschverhältnisses von 1:1 steht grundsätzlich vor der Schwierigkeit, daß die Parameter der Bemessungsgrundlagen — Einkommen und Verbrauchsausgaben — durch die Wirtschafts- und Währungsordnung von Grund auf verändert werden. Ein weiteres Problem ist, daß durch den Umbau des Steuersystems viele Subventionen und Abgaben der Betriebe, mit denen auf die Preisbildung Einfluß genommen wurde, abgeschafft werden. Dies hat zur Folge, daß sich in einem sehr dynamischen Prozeß völlig neue Produktstrukturen und Werte herausbilden werden, die selbst wieder Niveau und Struktur der Staatseinnahmen bestimmen werden. Aus allen diesen Gründen ist die Schätzung der potentiellen Steuereinnahmen, über die der Staatshaushalt der DDR bei Angleichung an das Steuersystem der Bundesrepublik verfügen wird, nur sehr grob und hypothetisch.

Dieser Schätzung werden die Daten der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentstehung und -verwendung für das Jahr 1988 zugrunde gelegt. Danach wäre in der DDR ein Umsatzsteueraufkommen von 18 Mrd. DM zu erwarten. Unterstellt man, daß der Verbrauch bestimmter

⁹ Vgl. den Beitrag „Beschäftigungsstruktur und Beschäftigungsperspektiven der DDR-Wirtschaft“. S. 244 f.

Güter wie in der Bundesrepublik zusätzlich besteuert wird — zu nennen sind insbesondere die Mineralölsteuer, die Kfz-Steuer, die Besteuerung von Branntwein, Tabak, Kaffee u.ä. —, so errechnet sich ein potentielles Aufkommen von etwa 7 Mrd. DM. Die gesamten Einnahmen aus indirekten Steuern dürften demnach eine Größenordnung von 25 Mrd. DM erreichen.

Das potentielle Lohnsteueraufkommen wurde anhand des Tarifs geschätzt, der vom 1.1.1990 an in der Bundesrepublik gilt. Die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter in der DDR liegen — unter Hinzurechnung der potentiellen Sozialbeiträge im Falle einer Angleichung des sozialen Sicherungssystems — bei 1 210 Mark; die Einkommensunterschiede sind in der DDR relativ gering. Im Jahre 1989 wurden rund 8,7 Mill. Arbeitnehmer und Lehrlinge, außerdem 1 Mill. Genossenschaftsmitglieder und Selbständige gezählt. Nach den vorliegenden Informationen wären über 5 Mill. Erwerbstätige der Lohnsteuerklasse I bzw. IV (Ledige/Verheiratete ohne Kinder) und 2 Mill. Erwerbstätige der Lohnsteuerklasse IV mit einem Kinderfreibetrag, der Rest der Klasse IV mit mehreren Kinderfreibeträgen zuzuordnen. Aufgrund der hohen Frauenerwerbsquote wäre die Lohnsteuerklasse III (für Familien, in denen nur ein Ehegatte erwerbstätig ist) von geringer Bedeutung. Je nach Steuerklasse dürften die Beschäftigten im Durchschnitt zwischen 20 und 70 DM monatlich an Lohnsteuer entrichten. In der Summe errechnet sich ein Aufkommen von 6 Mrd. DM. Für die Selbständigen und die Genossenschaftsmitglieder wurde ein Betrag von 2 Mrd. DM angesetzt.

Besonders problematisch ist die Schätzung der ertragsabhängigen Unternehmenssteuern. Hier wird angenommen, daß die DDR-Unternehmen in der Umstellungsphase vor allem den Preis ihrer Produkte als Aktionsparameter zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit einsetzen — dabei hilft den Betrieben die Reduktion der Abgabenglast — und die steuerpflichtigen Erträge bescheiden sein werden.

Noch nicht berücksichtigt sind in der Schätzung die möglichen Steuereinnahmen der Gemeinden in der DDR. Bisher lag die Entscheidungsgewalt über die kommunalen Einnahmen bei den zentralen Staatsorganen, die über die Höhe der Zuweisungen verfügten. Von großer Bedeutung für die Entwicklung eines Steuersystems in der DDR wird die Frage des kommunalen Selbstverwaltungsrechts sein. Damit stellt sich auch die Frage eigener Steuereinnahmen der Gemeinden. Als kommunale Finanzierungsquelle — für die Bereitstellung örtlicher Infrastrukturleistungen — kommt eine Wertschöpfungssteuer in Betracht, bei der Löhne, Gewinne und Kapitalverzehr in Form von Abschreibungen besteuert würden. Im Unterschied zur Gewerbesteuer in der Bundesrepublik würde auch die Lohnsumme in die Steuerbemessungsgrundlage einbezogen, und die ertragsabhängige Komponente hätte ein geringeres Gewicht. Der Kreis der Steuerpflichtigen sollte außerdem erweitert werden — freie Berufe,

gemeinnützige Institutionen und auch die öffentliche Verwaltung sollten als Nutzer der kommunalen Einrichtungen zur Zahlung dieser Abgabe herangezogen werden. Ein Steuersatz in Höhe von 6 vH der Wertschöpfung zöge Einnahmen von 12 Mrd. DM nach sich.

Der Staatshaushalt der DDR könnte — folgt man der vorliegenden Schätzung und den zugrunde liegenden Annahmen — über Steuereinnahmen von 46 Mrd. DM disponieren. Unter Berücksichtigung weiterer Einnahmen (Gebühren usw.) könnten insgesamt 54 Mrd. DM erreicht werden.

Von zentraler politischer Bedeutung ist die Frage nach der Höhe der Finanzmittel, die zur Sicherung und zur Modernisierung der staatlichen Infrastruktur erforderlich sein werden. Dieses Infrastrukturanangebot umfaßt nicht nur Investitionsgüter, also Bauten und Ausrüstungen, sondern auch Personal- und Sachausgaben, die vielfach Voraussetzung für den Betrieb der Infrastruktureinrichtungen sind. Wie überall wird auch in der DDR über Inhalt, Art und Umfang öffentlicher Güter politisch entschieden werden müssen.

Zunächst wurden die Kosten geschätzt, die dem Staatshaushalt der DDR für den Betrieb der vorhandenen Infrastruktureinrichtungen entstehen. Wichtigster Posten sind die Personalausgaben für die Staatsbediensteten. 1989 waren über 1,1 Mill. Arbeitnehmer in den Aufgabenbereichen tätig, die im System der Haushaltsrechnung der Bundesrepublik als Beschäftigte des *unmittelbaren* öffentlichen Dienstes gezählt werden könnten. Nicht enthalten in dieser Zahl sind das Militär sowie die „Sicherheitskräfte“ (Polizei und Staatssicherheitsdienst), ebenso wenig der Gesundheitssektor, der in der DDR bisher vor allem Teil der Betriebe war. In der Bundesrepublik sind — folgt man dieser engen Abgrenzung knapp 2,6 Mill. Arbeitnehmer beschäftigt: Gezählt wurden nur die Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden, wobei die Wirtschaftsunternehmen einschließlich der Krankenhäuser ausgeklammert sind. In der DDR kommen auf 100 Einwohner 7 Staatsbedienstete, in der Bundesrepublik 4.

Im Vergleich zur Bundesrepublik absorbiert der Bildungsbereich in der DDR weit mehr personelle Ressourcen. Allerdings sind die Zahlen verzerrt, weil in der Bundesrepublik staatliche Stellen nicht immer Träger der verschiedenen Bildungseinrichtungen sind. Beim Vergleich der Zahl der Kindergartenplätze je 1 000 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren zeigt sich, daß der Versorgungsgrad in der DDR mit 94 vH deutlich — um 15 vH-Punkte — über dem in der Bundesrepublik liegt. Für Kinderkrippen ist ein Vergleich nicht möglich. Vermutlich bleibt die Bundesrepublik weit hinter der DDR zurück, wo der Betreuungsgrad über 80 vH beträgt. Nimmt man die Schüler-Lehrer-Relation als Vergleichsmaßstab für die allgemeinbildenden Schulen, so erzielt auch hier die DDR günstigere Ergebnisse: In der DDR liegt der Wert bei 12, in der Bundesrepublik bei 15 Schülern je vollbeschäftigte Lehrkraft. Auch an den Hochschulen ist die Personalaus-

stattung in der DDR besser. Die Relation zwischen wissenschaftlichen Stellen und Studenten beträgt 1:4, in der Bundesrepublik 1:18.

Im kulturellen Bereich (Bibliotheken, Theater, Museen usw.) sind in der DDR 79 000, im öffentlichen Sektor der Bundesrepublik 75 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Auch hier ist zu berücksichtigen, daß in der Bundesrepublik ein bedeutender Teil der diesem Sektor zurechenbaren Arbeitnehmer in nicht-staatlichen Institutionen arbeitet. Ähnliches gilt für den Sozialbereich (Kinder-, Jugend- und Altenhilfe): In der DDR sind dort fast 170 000 Menschen beschäftigt, in der Bundesrepublik sind über 200 000 Personen in sozialen Institutionen des Staates tätig. Gerade in diesem Sektor werden in der Bundesrepublik viele Einrichtungen von nicht-staatlichen Trägern unterhalten.

In der Summe kämen auf den Staatshaushalt der DDR Personalaufwendungen von rund 20 Mrd. DM zu, wenn man die gegenwärtigen Einkommensrelationen zugrunde legt. Unterstellt man für Militär und Polizei einen ähnlichen Personalschlüssel wie in der Bundesrepublik, so wird eine Größenordnung von 23 Mrd. DM erreicht, d.h. von den zur Verfügung stehenden Einnahmen müßten 43 vH zur Deckung der Personalkosten verwendet werden. In der Bundesrepublik liegt der Anteil der Personalausgaben an den Einnahmen bei 35 vH.

In den öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik (ohne Sozialversicherung) sind die laufenden Sachaufwendungen etwa halb so hoch wie die Personalausgaben. Legt man eine solche Quote auch für den Staatshaushalt der DDR zugrunde, so ergibt sich für diesen Aufwandsposten eine Höhe von 11 Mrd. DM.

Diese Überlegungen zeigen, daß bei einer Umstellung des Steuersystems der DDR nicht nur die Kosten für den Betrieb der vorhandenen Infrastruktureinrichtungen gedeckt werden können. Mit dem verbleibenden Rest könnten z.B. auch soziale Leistungen, die in der Bundesrepublik die Gebietskörperschaften tragen, finanziert werden. Zu nennen sind insbesondere das Kindergeld und andere Familienleistungen sowie die Ausbildungsförderung. Ebenso könnte ein Teil jener Subventionen, die in den nächsten Jahren noch anfallen werden, aus dem Steueraufkommen oder den Gebühreneinnahmen gedeckt werden. Die Mittel reichen aber nicht aus, um den staatlichen Zinsverpflichtungen nachzukommen. Sie reichen erst recht nicht zur Finanzierung der Modernisierung und des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur, seien es nun Maßnahmen, die in die unmittelbare Verantwortung des Staates fallen, oder Maßnahmen, die von öffentlichen Unternehmen durchgeführt werden und die hierfür staatliche Investitionszuschüsse erhalten (z.B. Verkehrsunternehmen). Selbst ohne Berücksichtigung der investiven Ausgaben ergibt sich unter den Annahmen der Modellrechnung ein Defizit im Staatshaushalt der DDR von 20 Mrd. DM. Die Modernisierung und der Ausbau der staatlichen Infrastruktur wird ohne Hilfen aus der Bundesrepublik nicht möglich sein. Im Prinzip sind Maßnahmen

ähnlich jenen vorstellbar, mit denen in der Bundesrepublik die Gemeinschaftsaufgaben finanziert werden oder mit denen der Finanzausgleich — einschließlich der Ergänzungszuweisungen des Bundes — abgewickelt wird. Durch die Währungsunion wird der DDR auch der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten erleichtert. Die Finanzierung über Kredite kommt dann in Betracht, wenn die Ausgaben investiven Charakter haben: Zukünftige Generationen nutzen diese Einrichtungen, als Äquivalent zahlen sie Zinsen und tilgen die Kredite.

Ob und in welchem Umfang in der Bundesrepublik Steuern erhöht werden müssen, damit Hilfen an die DDR finanziert werden können, hängt nicht zuletzt davon ab,

- wie lange der Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik anhält und den öffentlichen Haushalten kräftige Steuereinnahmen beschert;
- inwieweit von weiteren Steuerentlastungen abgesehen wird — aus verschiedenen Gründen kann zumindest auf Teile der geplanten Unternehmenssteuerreform verzichtet werden;
- ob Ausgaben eingespart und umgeschichtet werden können (z.B. Verteidigungsetat).

Zinsbelastung des Staatshaushalts

In der Modellrechnung für den Staatshaushalt der DDR sind die Zinszahlungen auf 10 Mrd. DM veranschlagt worden. Sie gehören zu den Altlasten, die der Staatshaushalt der DDR aus der Ära der Planwirtschaft übernehmen muß. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Staates (einschließlich der Sozialversicherung) von rund 160 Mrd. DM würde 6 vH betragen; er ist damit nicht höher als in der Bundesrepublik (Zinsen: 60 Mrd. DM, Ausgaben: 1000 Mrd. DM). Diese Schätzung der Zinszahlungen stützt sich auf die konsolidierte Bilanz des DDR-Bankensystems von Ende 1989 (vgl. Tabelle 4) und beruht auf folgenden Annahmen:

Die auf Mark der DDR lautenden Bestände an Bargeld, Forderungen und Verbindlichkeiten werden im Verhältnis 1 : 1 auf D-Mark umgestellt.

Alle Bankeinlagen der Betriebe (60 Mrd. DM) und alle Bankkredite an die Betriebe (260 Mrd. DM) werden gestrichen; um den Saldo erhöht sich das Eigenkapital der Betriebe. Um den damit verbundenen Ertragsausfall ausgleichen zu können, müssen die Banken Ausgleichsforderungen an den Staat erhalten. Die volle Übernahme der Netto-Schulden der Betriebe durch den Staat — sie ist schon in der Gemeinschaftsdiagnose angeregt worden¹⁰ — kann auf zweifache Weise begründet werden. In den vergangenen Jahren mußten die Betriebe in zunehmendem Maße „Gewinnabführungen“ an den Staat vor-

¹⁰ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1990. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 15/1990.

Tabelle 4

**Forderungen und Verbindlichkeiten
des DDR-Bankensystems¹⁾**
Ende 1989, Mrd. M bzw. DM

	vor	nach
	Währungsumstellung	
	Netto-Forderungen des Bankensystems	
Betriebe ²⁾ Kredite	260	—
minus: Einlagen	60	—
Netto-Kredite	200	—
Staat		
Ausgleichsforderungen ³⁾	—	119
Kredite	101	101
dar. Wohnungsbau ⁴⁾	(85)	(85)
minus: Einlagen	23	23
Netto-Kredite	78	197
Netto-Forderungen	278	197
	Netto-Verbindlichkeiten des Bankensystems	
Private Haushalte		
Versicherungssparen	14	14
Spareinlagen ⁵⁾	162	162
Bargeldumlauf	17	17
Geldvermögen	193	193
minus: Kredite ⁶⁾	26	26
Netto-Geldvermögen	167	167
Ausland (netto)		
Sozialistisches		
Währungsgebiet	—11	—11
Nicht-sozialistisches		
Währungsgebiet	34	34
Netto-Auslands-		
schulden	23	23
Richtungskoeffizient,	63	—
netto ⁷⁾		
Eigenkapital	23	5
Sonstige Positionen	2	2
Netto-		
Verbindlichkeiten	278	197

1) Einschl. Staatsbank. — 2) Fast ausschließlich Guthaben und Kredite der volkseigenen Wirtschaft und sozialistischer Genossenschaften. — 3) Für Übernahme der Netto-Kredite der Betriebe durch den Staat. — 4) Davon 10 Mrd. M für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten u.ä. — 5) Täglich fällige Spar- und Spargiroguthaben. — 6) Dar. 23 Mrd. M für privaten Wohnungsbau. — 7) Von Importeuren gebildete Fonds von 94 Mrd. M (Überschuß der Importe zu Inlandspreisen über die Importe zu Weltmarktpreisen) abzüglich des „Abwertungsverlustes“ von 31 Mrd. M aufgrund der drastischen Weltmarktpreissteigerungen Anfang der 80er Jahre.

Quellen: Geschäftsbericht der Staatsbank der DDR für 1989, Berechnungen des DIW.

nehmen, und zwar selbst dann, wenn sie hierfür nicht genügend Mittel erwirtschaften konnten. Um diese Defizite auszugleichen, mußten sich viele Betriebe erheblich verschulden. Diese Zwangskredite würden bei der demnächst zu erwartenden marktüblichen, d.h. im Vergleich zu bisher mindestens doppelt so hohen Verzinsung viele Betriebe so stark belasten, daß sie nicht mehr wettbewerbsfähig sein würden.

Gewiß ist es richtig, daß man diese Verdoppelung der Zinslast vermeiden könnte, wenn man die Schulden der Betriebe im Verhältnis 2 M : 1 DM umstellte. Doch mit einer solchen „linearen“ Reduktion der Schulden der Betriebe würde man ein anderes Problem ungelöst lassen: Da mit den „Gewinnabführungen“ und den damit verbundenen Zwangskrediten keine Rücksicht auf die jeweilige Rentabilitätssituation der Betriebe genommen wurde, ist die Ungleichheit beim Start in die Marktwirtschaft erheblich verstärkt worden. Es ist fraglich, ob eine Entzerrung der Wettbewerbsverhältnisse (wenn sie überhaupt möglich sein sollte), die den einzelnen Betrieben gerecht wird, in kurzer Zeit administrativ bewältigt werden könnte. Um nicht kostbare Zeit zu verlieren, sollte man sich für die einfachste, aber auch wirksamste Lösung, nämlich einen radikalen Schuldenerlaß, entscheiden.

Über die Revitalisierung der Betriebe könnten die jeweiligen Eigentümer dann unbelastet von Verbindlichkeiten gegenüber Banken bestimmen. Eine solche Lösung würde auch den notwendigen Spielraum für eine an Ertragswerten orientierte Neubewertung des Anlagevermögens in DM-Eröffnungsbilanzen der Unternehmen schaffen.

Auf diese Weise ließen sich Staatsbetriebe wohl auch am ehesten privatisieren. Die Erlöse aus solchen Veräußerungen ehemals volkseigener Betriebe könnten zur Ablösung von Ausgleichsforderungen der Banken verwendet werden mit der Folge, daß die Zinsbelastung des Staates aus diesen Verpflichtungen nach und nach abnehmen würde.

Die „Altbestände“ der überwiegend für Wohnbauzwecke verwendeten Bankkredite an den Staat und an private Haushalte werden — so wird hier unterstellt — auch nach der Währungsumstellung erheblich niedriger als marktüblich verzinst; für die Kredite ist ein durchschnittlicher Zinssatz von 4 % angenommen worden.

Die „Altbestände“ an Geldvermögen der privaten Haushalte werden teils als unverzinsliche Kasse (Bargeld und Sichteinlagen) gehalten, teils verzinslich angelegt. Die für verzinsliche Anlagen unterstellte durchschnittliche Verzinsung von 4 % liegt zwischen der Verzinsung von Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist und der von Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von mindestens vier Jahren. Wegen der Gefahr, daß bei einer weitgehenden Auflösung der Spareinlagen zu viel kaufkräftige Nachfrage auf den Markt drängt, wird man wohl nicht umhinkommen, einen beträchtlichen Teil der privaten

Geldvermögen zunächst nur für investive Zwecke freizugeben; zu denken ist besonders an den Erwerb von Wohnungen und Betrieben, die sich derzeit noch in staatlichem Eigentum befinden.

Besonders hoch ist die Verzinsung der Netto-Auslandsschulden in konvertibler Währung („nicht-sozialistisches Währungsgebiet“); hier wurde ein durchschnittlicher Satz von 10 % unterstellt.

Ende 1989 waren es noch zwei Sektoren, denen gegenüber das Bankensystem der DDR Netto-Forderungen hatte: die Betriebe mit Netto-Krediten von 200 Mrd. M und der Staat mit Netto-Krediten von 78 Mrd. M. Diesen 278 Mrd. M Netto-Forderungen standen nur 190 Mrd. M Netto-Verbindlichkeiten der Banken gegenüber (private Haushalte: 167 Mrd. M; Ausland: 23 Mrd. M). Für die Differenz von 88 Mrd. M bestehen keine Zinsverpflichtungen der Banken.

In diesem Posten ist neben dem Eigenkapital der Banken (23 Mrd. M) eine Position, die in der Tabelle als „Richtungskoeffizient, netto“ (63 Mrd. M) ausgewiesen wird. Diese Position ist der Saldo aus einem Passiv- und einem Aktivposten. Der auf der Passivseite verbuchte Richtungskoeffizient (94 Mrd. M) repräsentiert einen „Fonds“ für die Bedienung der Auslandsschulden gegenüber dem nicht-sozialistischen Währungsgebiet. Dieser Fonds wurde von den Importeuren gespeist. Diese zahlten die (positive) Differenz zwischen dem Wert ihrer Einfuhren zu Inlandspreisen und dem (niedrigeren) Wert ihrer Einfuhren zu Weltmarktpreisen, wobei fingiert wurde, daß dem DM-Betrag der Einfuhr ein gleich großer Mark-Betrag entspricht. Während die Importeure diese Differenz zahlen mußten, wurde den Exporteuren die entsprechende Differenz gutgeschrieben. Da die Einfuhren tendenziell höher waren als die Ausfuhren, nahm der als Richtungskoeffizient bezeichnete Fonds insgesamt zu¹¹.

In der Tabelle ist dieser Richtungskoeffizient von 94 Mrd. M mit dem Aktivposten „Kredite an den Staat aus der Neubewertung der Auslandsverbindlichkeiten“ in Höhe von 31 Mrd. M saldiert worden. Bei diesem Aktivum handelt es sich um den entgegengesetzten Vorgang: Aufgrund der Ölpreiskrise sind Anfang der 80er Jahre die DM-Weltmarktpreise für importierte Rohstoffe rascher gestiegen als die Inlandspreise, so daß zur Tilgung von 1 Mrd. DM Auslandsschulden weniger als 1 Mrd. Mark Exporterlöse benötigt wurden.

Nach der Einführung der Währungsunion entfällt das aus den Differenzen zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen resultierende Problem. Der Netto-Richtungskoeffizient kann mit den „an sich“ notwendigen Ausgleichsforderungen verrechnet werden. Eine weitere Reduktion der Ausgleichsforderungen ergibt sich dadurch, daß mit der Schrumpfung des Kreditvolumens auch das haftende Eigenkapital gekürzt werden kann.

Unmittelbar nach der Währungsumstellung gibt es praktisch nur noch einen Netto-Schuldner der Banken,

nämlich den Staat mit einer Nettoposition von 197 Mrd. DM. Die vom Staat zu zahlenden Zinsen müssen es den Banken gestatten, den Aufwand an Zinsen an ihre beiden Netto-Gläubiger, die privaten Haushalte und das Ausland, zu decken und eine Spanne zu erzielen, aus der die sonstigen Aufwendungen, vor allem die Lohnkosten, bestritten werden können und ein Gewinn, vor allem zur Bildung von Rücklagen, erwirtschaftet werden kann. Die folgende Übersicht beruht auf der Hypothese, daß die privaten Haushalte von ihrem Geldvermögen in Höhe von 193 Mrd. DM einen Betrag von 30 bis 35 Mrd. DM für Bargeld und Sichteinlagen „abzweigen“ und einen Betrag von 160 Mrd. DM in verzinslicher Form halten werden. Die erforderliche Zinsspanne ist mit einem Betrag von 1 Mrd. DM veranschlagt worden (folgende Bestands- und Stromgrößen in Mrd. DM):

Verzinsliches Geldvermögen	160 zu 4 % =	6,5
minus private Kredite	26 zu 4 % =	1
<hr/>		
Netto-Geldvermögen	134	5,5
Netto-Auslandsschulden in konvertibler Währung	34 zu 10 % =	3,5
<hr/>		
Zinserträge insgesamt		9
Netto-Staatsschulden	197 zu 5 % =	10

Nur wenig würde der Staatshaushalt entlastet werden, wenn man nur einen Teil des Netto-Geldvermögens der privaten Haushalte, zum Beispiel 32 Mrd. M (2 000 M pro Kopf), im Verhältnis von 1 : 1 und den Restbetrag von 134 Mrd. M im Verhältnis 2 M : 1 DM umstellte, so daß sich ein verzinsliches Netto-Geldvermögen von rund 65 Mrd. DM statt von 134 Mrd. DM ergäbe: Die Zinnersparnis bei einem Zinssatz von 4 % betrüge nicht einmal 3 Mrd. DM.

¹¹ Im Außenhandel der DDR mit dem nicht-sozialistischen Währungsgebiet wird an der Fiktion festgehalten, daß der „Wechselkurs“ der D-Mark gleich einer DDR-Mark sei. Ein solcher Kurs wäre aber nur dann vertretbar, wenn die durchschnittlichen Inlandspreise für Exportgüter, in Mark gerechnet, gleich den auf den Weltmärkten geltenden DM-Exportpreisen wären; zur Tilgung einer aufgrund von Importüberschüssen entstandenen Auslandsverschuldung von z.B. 1 Mrd. DM könnten DDR-Exporte von 1 Mrd. M ausreichen. Dies ist aber anders, wenn der — wie auch immer in einer Planwirtschaft kalkulierte — Inlandspreis der Exporte höher ist als der auf dem Weltmarkt zu erzielende DM-Preis. Dies war in den 80er Jahren zunehmend der Fall; der für den Exporterlös von 1 DM kalkulierte Mark-Aufwand nahm von 2,90 M im Jahre 1985 auf 4,40 M im Jahre 1989 zu, so daß zuletzt zur Tilgung von 1 Mrd. DM Auslandsschulden 4,4 Mrd. Mark Exporte notwendig gewesen wären. Im Interesse der „Bilanzwahrheit“ sah man sich deshalb veranlaßt, Rückstellungen für die Bedienung der Auslandsschulden in konvertibler Währung zu bilden. Dieser Rückstellungs-Fonds wird in der Bankenbilanz als „Richtungskoeffizient“ geführt.

Neuordnung des Systems der sozialen Sicherung

Ein wichtiger Bestandteil von Finanzreformen in der DDR ist die Neuordnung des Systems der sozialen Sicherung. Dabei geht es nicht um eine vollständige Übernahme des sozialen Sicherungssystems der Bundesrepublik Deutschland. Vielmehr sollte auf dem in der DDR bestehenden System, den erworbenen Ansprüchen und den vorhandenen Einrichtungen aufgebaut werden. So wird es kaum möglich sein, im Gesundheitswesen bald die Polikliniken und Ambulatorien zu ersetzen oder in der Alterssicherung die Mindestrenten abzubauen.

Ein Orientierungspunkt für das Absicherungsniveau in der DDR sollte das Sozialhilfeniveau in der Bundesrepublik Deutschland sein. Ein zweiter ist das Lohnniveau im Gebiet der heutigen DDR. Zwischen beiden Punkten ist die Höhe der Leistungen auszuloten. Anders als bisher müssen Ansprüche, die in einem der beiden Wirtschaftsräume erworben werden, bei der Übersiedlung in den anderen Wirtschaftsraum mitgenommen werden. Die Höhe der Ansprüche sollte sich künftig nach den rechtlichen Grundlagen desjenigen Wirtschaftsraumes richten, in dem sie erworben wurden. Dies sollte für Leistungen der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung gelten, beim Bezug von Kranken- und Arbeitslosengeld bzw. -hilfe in der Bundesrepublik aber nur so lange, bis eigene Ansprüche in der Bundesrepublik erworben worden sind. Transfers wie Kindergeld und Sozialhilfe sollten sich weiterhin nach den Bestimmungen des Wohnortes richten.

Die Reform der sozialen Sicherung in der DDR ist in mehreren Etappen anzustreben. Im ersten Schritt — und dieser wird hier erörtert — sollten die Maßnahmen vollzogen werden, die sofort umsetzbar sind, die Lebensführung des einzelnen gewährleisten sowie den wirtschaftlichen Erneuerungsprozeß in der DDR und den weiteren sozialen Angleichungsprozeß nicht konterkarieren. Voraussetzung ist die Schaffung einzelner verantwortlicher Träger. Diesen Trägern muß das Budgetrecht eingeräumt werden, damit sie über ihre Einnahmen verfügen können.

Grundsätzlich ist zu klären, ob die DDR die in der Bundesrepublik geltende Beitragssatzgestaltung übernimmt oder ob sie an den in der DDR geltenden Beitragssatz — und an eine noch zu bestimmende Aufteilung auf die einzelnen Träger — anknüpft. Eine Entscheidung für die zweite Variante hätte zur Folge, daß — wie bisher — ein erheblicher Zuschußbedarf für die Sozialversicherung entstehen würde. Für die erste Variante spricht die Überlegung, daß — vielleicht abgesehen von einer kurzen Übergangszeit — möglichst alle konsumtiven Ausgaben aus der laufenden Produktion finanziert werden sollten. Zugleich würde die Harmonisierung der Sozialsysteme gefördert. Eine Vollfinanzierung der Sozialversicherung durch Beiträge bedeutet gegenüber dem derzeitigen Stand erheblich höhere Beitragsleistungen der Erwerbstätigen und der Betriebe.

Die Alterssicherung durch Renten sollte von einem Versicherungsträger — ohne Differenzierung in Arbeiter- und Angestellten-Versicherung — übernommen werden¹². Das Prinzip der Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen wäre beizubehalten und die Beitragsgestaltung der westdeutschen anzugleichen. Es empfiehlt sich, die Beitragsbemessungsgrenze mindestens auf das Doppelte des durchschnittlichen Bruttolohns anzuheben.

Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen und Berechnungen ist, daß die Höhe der neuen Nettolöhne in D-Mark der der alten in Mark entspricht. Dies macht eine Aufstockung der Bruttolöhne notwendig, da die Abgabenbelastung für den Arbeitnehmer gegenüber dem alten Status höher ist. Dieses Vorgehen ist gleichbedeutend mit einer Absicherung der Löhne nach unten.

Alle Alters- und Invalidenrenten sollten angehoben werden. Anzustreben ist ein Versorgungsgrad, wie er in der Bundesrepublik erreicht wird. Das Standard-Renteniveau (netto) bei 40 Versicherungsjahren betrug in der Bundesrepublik 1988 knapp 64 vH und bei 45 Versicherungsjahren knapp 72 vH des durchschnittlichen Nettolohns. Bei einem (angenommenen) Aufstockungsbetrag von 165 Mark würde sich auf der Basis der durchschnittlichen Altersrente aus der Pflichtversicherung von knapp 450 Mark (Stand 1989) ein Rentenniveau von 66 vH des durchschnittlichen Nettolohns aller Arbeiter und Angestellten (einschließlich Lehrlinge) ergeben. Zu einem Aufstockungsbetrag in gleicher Höhe führt auch eine andere Rechnung. Die Summe aller Rentenleistungen (eigene Versichertenrenten und Hinterbliebenenrenten aus Pflicht- und Zusatzversicherung) je Rentenbezieher dürfte monatlich rund 500 Mark betragen. Mit dem Aufstockungsbetrag von 165 Mark würde sich zwischen den durchschnittlichen Nettolöhnen und den (kumulierten) Rentenbezügen eine Relation von 100 zu 70 einstellen.

Die Rentenerhöhung müßte nach einem vereinfachten Verfahren durchgeführt werden, weil zur Ermittlung des individuellen Rentenniveaus (nach westdeutschem Muster) häufig die Daten nicht vorliegen; dazu wären Einkommensangaben für die gesamte Erwerbsphase nötig. Außerdem würde eine individuelle Berechnung viel Zeit erfordern.

Mit einem solchen Verfahren sind allerdings differenzierte Ziele nur schwer zu erreichen. Einmal sollte die ohnehin eher geringe Streuung der Rentenbeträge nicht weiter nivelliert werden¹³. Zum anderen sollte aus vertei-

¹² Vgl. dazu auch: DDR: Übergang zum neuen Rentensystem schwierig. Bearb.: E. Kirner, H. Vortmann und G. Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 14/1990.

¹³ Eine gewisse Abstufung bewirken allerdings die Leistungen der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR) und die Staffe- lung der Renten in der Pflichtversicherung nach Arbeitsjahren. Die durchschnittliche Altersrente aus der Pflichtversicherung betrug 1988 381 Mark im Monat. Für Rentner, die keine Ansprüche aus der FZR haben, lag der Durchschnittswert bei 370 Mark und für solche mit Ansprüchen aus der FZR errechnet sich ein Betrag

lungspolitischen Gründen eine Unterversorgung im unteren Rentenbereich vermieden werden. Eine stärkere Anhebung der niedrigen Renten führt zu einer Nivellierung, bei einer nach Versichertenjahren durchgeführten Anhebung würde dagegen der Versorgungsaspekt der Bezieher niedriger Renten vernachlässigt. Unter diesen Umständen erscheint es angemessen, entweder die Renten um einen einheitlichen Pauschalbetrag aufzustocken, mit einer Kappungsgrenze bei Überschreitung bestimmter Beträge, oder eine abgestufte prozentuale Erhöhung mit hohen Steigerungsraten für Kleinrenten und niedrigeren mit zunehmenden Bezügen durchzuführen.

Bei der Variante mit Pauschalbetrag würde ein Rentner, der die Höchstrente aus der Pflichtversicherung von 510 Mark und den Durchschnittsbetrag aus der freiwilligen Zusatzrente erhält, ein Nettorentenniveau von 80 vH erreichen. In diesem Fall wäre die Kappingsregelung zu erwägen. Einem Rentner mit 45 Versicherungsjahren steht eine Mindestrente von 470 Mark zu, nach der Aufstockung käme er auf 68 vH des durchschnittlichen Nettolohns. Rentner mit den niedrigsten Mindestrenten (330 Mark) würden nach der Erhöhung etwa 500 Mark beziehen (53 vH). Sie lägen damit um rund 70 Mark über dem in der Bundesrepublik geltenden Sozialhilfestatus (in DM). Nicht berücksichtigt sind dabei Mietzuschüsse.

Für Neurenten empfiehlt sich *nach* einer Übergangszeit eine Berechnung der Rente nach westdeutschem Muster. Allerdings ist noch zu klären, wie weit die persönlichen Einkommensdaten zur Verfügung stehen. Eventuell sollte sich an Tabellenwerten orientiert werden. Ebenfalls eingeführt werden sollte die Dynamisierung der Renten entsprechend der westdeutschen Regelung.

Die *Gesundheitsversorgung* sollte von neu gegründeten Krankenversicherungsträgern organisiert und finanziert werden. Zu überlegen sind einheitliche Kassen auf Landesebene; dies würde eine Zersplitterung der Kassen vermeiden. Die Vielzahl der gesetzlichen Krankenversicherungen in der Bundesrepublik hat nicht zu einer über den Wettbewerb initiierten Kostensenkung, sondern bei gegebenen (vom Gesetzgeber festgelegten) Leistungen lediglich zu einer Differenzierung der Versicherten nach guten und schlechten Risiken (Gesundheitszustand, Alter, Einkommenshöhe) und damit zu unterschiedlichen Beitragssätzen geführt. Ebenso wie im Rentenbereich sollte eine Pflichtversicherung aller Beschäftigten bestehen bleiben. Als Beitragssatz ist der in der Bundesrepublik geltende durchschnittliche Satz anzusetzen. Die Beitragsbemessungsgrenze sollte der in der Rentenversicherung entsprechen.

Zur Absicherung im Fall der Arbeitslosigkeit muß eine *Arbeitslosenversicherung* als Pflichtversicherung für alle — auch für die Selbständigen — aufgebaut werden. Auch Selbständige tragen das Risiko der Arbeitslosigkeit in dieser wirtschaftlich unsicheren Situation. Es sollte die gleiche Beitragsbemessungsgrenze wie in der Renten- und Krankenversicherung gelten. Auch bei einem Bei-

tragssatz wie in der Bundesrepublik werden die Beitragseinnahmen zunächst kaum reichen, um Unterstützungen an die Arbeitslosen zu finanzieren. Deshalb sollten die Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen in einen anderen Etat verlagert werden. Würde Arbeitslosengeld in Höhe von 63 vH (ohne Kinder) bzw. 68 vH (mit Kindern) des individuellen Nettolohns gezahlt, wären dies für den Durchschnittsverdiener knapp 600 bzw. 640 DM pro Monat.

Das System der sozialen Sicherung könnte wie folgt finanziert werden. Basis der Berechnungen sind die Bruttoeinkommen der Erwerbstätigen (ohne Betriebszuschüsse zur Sozialversicherung) aus dem Jahre 1988 in Höhe von 135 Mrd. Mark.

Diese Einkommen werden fortgeschrieben, wobei Abschläge für die entfallenden Einkommen der Übersiedler und eine reduzierte Basis für die Einkommen der Arbeitslosen ebenso berücksichtigt werden wie der Abgang von Arbeitskräften infolge der neuen Vorruhestandsregelung und eine generell geringere Erwerbsbeteiligung der Frauen. Dem steht eine Erhöhung der Bruttoeinkommen zum Ausgleich der anzuhebenden Sozialabgaben gegenüber. Die Summe der so geschätzten Erwerbseinkommen dürfte 145 bis 150 Mrd. Mark betragen.

Die gesamten auf diese Einkommen entfallenden Beiträge machen 51 Mrd. Mark aus. Sie gliedern sich wie folgt:

— Rentenversicherung	27
— Krankenversicherung	18
— Arbeitslosenversicherung	6

Etwas mehr als die Hälfte aller Einnahmen sind Rentenversicherungsbeiträge. Ausgaben fallen in etwa gleicher Höhe an. Sie wären damit wesentlich höher als im Jahr 1988. Auf die Erhöhung der Renten zum 1.12.1989 entfallen knapp 2,5 Mrd. Mark, auf Neuzugänge (ihre Bezüge liegen über dem Durchschnitt) mehr als 0,5 Mrd. Mark und auf die hier vorgeschlagene Aufstockung aller Renten 6 Mrd. Mark.

Die Rentenversicherung würde sich also weitgehend selbst tragen. Deshalb kann von einem Staatszuschuß — dem Bundeszuschuß vergleichbar — abgesehen werden. Wenn versicherungsfremde Leistungen (z.B. Renten für Personen, die keine Beiträge gezahlt haben) auf die Rentenversicherungsträger zukommen, wird aber ein Staatszuschuß erforderlich.

Auch die augenblickliche *Gesundheitsversorgung* kann mit den für die Krankenversicherung vorgesehenen Beitragssätzen aufrecht erhalten werden. Hingegen wird die *Arbeitslosenversicherung* aller Voraussicht nach mit

aus der Pflichtversicherung von 412 Mark. Aus der FZR wurden im Mittel Altersrenten in Höhe von knapp 70 Mark gezahlt. Somit ergeben sich durchschnittliche Rentenbezüge von 370 und 482 Mark im Monat. Auf den Zeitraum nach der Rentenerhöhung von Dezember 1989 übertragen dürften sich die Durchschnittswerte um 435 und 552 Mark bewegen.

einem Defizit abschließen. Mit den Beitragseinnahmen von 6 Mrd. Mark können die Unterstützungszahlungen für nur knapp 600 000 Arbeitslose finanziert werden. Im Vergleich zur Bundesrepublik sind die notwendigen Finanzmittel deshalb so hoch, weil in der DDR voraussichtlich alle Arbeitslosen Arbeitslosengeld beanspruchen werden können. In der Bundesrepublik bezieht dagegen weniger als die Hälfte der gemeldeten Arbeitslosen Arbeitslosengeld.

Kostenentlastung der Betriebe durch Abgabenreform

Die Wettbewerbsvorteile der DDR bei den Lohnkosten kamen bisher nicht zum Tragen, weil andere Kostenkomponenten ein sehr viel größeres Gewicht haben. Zu Buche schlägt hier vor allem, daß die Produktion der Unternehmen in der DDR viel stärker als in der Bundesrepublik Deutschland mit Abgaben belastet ist. Dies gilt vor allem für das produzierende Gewerbe, auf das sich der größte Teil der volkseigenen Wirtschaft der DDR konzentriert.

Die Abgabenbelastung der Wirtschaft setzt sich aus

- den Produktionsfondsabgaben, einer Verzinsung des Kapitals,
- den Beiträgen zu gesellschaftlichen Fonds, einer der Lohnsummensteuer ähnlichen Abgabe von bis zu 70 vH der gezahlten Lohnsumme,
- den Nettogewinnabführungen und den
- sonstigen Abgaben

zusammen. Hinzu treten verschiedene produktspezifische Steuern. Die Summe der Abgaben ist mit über 200 Mrd. Mark um mehr als 50 vH höher als die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. In unterschiedlichem Maße stehen den Abgaben entlastende Subventionen gegenüber. Sie machen insgesamt aber nur etwa 30 vH der Abgaben aus. Per Saldo ist damit die steuerliche Belastung der Unternehmen in der DDR um ein Vielfaches höher als in der Bundesrepublik.

Anhaltspunkte über die Größenordnung dieser Belastung liefern Angaben in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der DDR¹⁴, die seit kurzem zugänglich ist. In diesem Rechenwerk wird die Bruttowertschöpfung auch nach Sektoren disaggregiert.

Zieht man von der Bruttowertschöpfung die Abschreibungen und die Kosten für den Arbeitseinsatz ab, so erhält man eine Größe, in der die Abgaben (nach Abzug der Subventionen) und Gewinne der Unternehmen zusammengefaßt sind. Wie hoch das Gewicht der Gewinne ist und inwieweit diese zur Finanzierung von Zinsen dienen oder an den Staat ausgeschüttet werden, ist schwer zu sagen. Insgesamt überwiegen jedoch die Abgaben in dieser Restgröße.

Bei der Beurteilung der Zinsbelastung der Unternehmen in der DDR muß berücksichtigt werden, daß der Umfang der Kredite wie auch die Höhe der Zinssätze von

den jeweiligen Industrieministerien festgelegt wurden. Der Umfang der Verschuldung der Unternehmen in der DDR ist Ergebnis der Eingriffe des Staates in die Autonomie der Betriebe. Die Zinsverpflichtungen in Höhe von 13 Mrd. Mark gegenüber den staatlichen Banken haben daher den Charakter zusätzlicher Abgaben.

Tabelle 5 zeigt, daß im produzierenden Gewerbe 61 vH der Wertschöpfung auf diese Sammelgröße „Belastung der Betriebe durch Abgaben“ entfallen. In der Bundesrepublik liegt der entsprechende Wert bei 22 vH der Wertschöpfung. In den Wirtschaftszweigen Metallurgie, Baumaterialien und im Textilgewerbe ist die Summe von Abgaben zuzüglich Gewinnen in der DDR in Mark größer als die Gewinne dieser Branchen in der Bundesrepublik in D-Mark.

Würden die von den Unternehmen in der DDR entrichteten Abgaben aus Erträgen finanziert, die unter Wettbewerbsbedingungen entstanden sind, so wären die hohen Abgabenbelastungen ein Indikator für hohe Leistungsfähigkeit. Die Nettogewinnabführungen und die Produktionsfondsabgaben sind aber nicht mit den verteilten Gewinnen vergleichbar, die in der Bundesrepublik den Eigentümern zufließen. Ein derartiger Vergleich wäre nur dann gerechtfertigt, wenn die Preise, die unter Einschluß dieser Abgaben kalkuliert wurden, sich auch unter Wettbewerbsbedingungen hätten realisieren lassen. Tatsächlich handelt es sich bei diesen Abgaben um Beträge, die weitgehend unabhängig von der jeweiligen Ertragslage der Unternehmen erhoben wurden. Faktisch ist es allerdings auch immer wieder zu Differenzierungen gekommen, durch die — zwar unsystematisch — ertragschwache Unternehmen tendenziell entlastet wurden. Derartige Korrekturen im einzelnen konnten jedoch nicht verhindern, daß das Preisniveau, vor allem im produzierenden Gewerbe, aufgrund der praktizierten Abgabenregelung bisher stark überhöht war.

Hinzu kommen schwer erkennbare strukturelle Verzerrungen, die nicht nur auf die unterschiedlich hohen produktbezogenen Abgaben und Preisstützungen zurückzuführen sind: Die Industrieabgabepreise einzelner Produkte werden auf der Grundlage der Kosten einschließlich der Abgaben kalkuliert. Sofern es sich dabei um Produkte handelt, die auf einer anderen Produktionsstufe wieder im Produktionsprozeß eingesetzt werden, erhöhen die auf der Vorstufe erhobenen Abgaben die Produktionskosten für die Vorleistungen. Dies bewirkt — außer den Abgabenlasten der jeweiligen Produktionsstufe — weitere Kosten- und damit Preiserhöhungen. Produkte, die gleichsweise viele Produktionsstufen durchlaufen, werden dadurch überdurchschnittlich belastet. Dabei kann es vorkommen, daß ein Endprodukt durch die Kumulierung von Abgaben so teuer wird, daß zur Kompensation dieser Kosten wieder Subventionen gewährt werden müssen, soll das Produkt verkauft werden.

¹⁴ Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1988, Berlin 1989.

Tabelle 5

Die Kostenstruktur der Wirtschaftszweige in der DDR
1988

	Bruttowertschöpfung ¹⁾	Abschreibungen ²⁾	Indirekte Steuern, Zinsen ³⁾ , abzüglich Subventionen ⁴⁾	Arbeitseinkommen ⁵⁾
	in Mrd. Mark			
Nahrungsmittelbereich ⁶⁾	35,2	5,6	8,9	20,8
Produzierendes Gewerbe ⁷⁾	213,2	26,5	130,0	56,8
Energie- und Brennstoffe	28,5	7,0	17,3	4,2
Chemische Industrie	42,9	5,1	32,7	5,1
Metallurgie	13,3	2,1	9,0	2,2
Baumaterialien	5,1	0,9	2,9	1,3
Maschinen- und Fahrzeugbau	39,4	4,4	20,6	14,4
Elektrotechnik u.a.	21,7	2,4	12,6	6,7
Leichtindustrie	20,8	2,2	12,3	6,3
Textilindustrie	14,6	0,9	10,9	2,8
Handwerk	6,1	0,2	1,3	4,6
Bauwirtschaft	20,8	1,3	10,4	9,1
Tertiärer Bereich	111,5	20,3	23,3	67,9
Handel, Gaststätten	25,3	1,7	11,0	12,7
Verkehr	15,9	3,7	3,8	8,5
Nachrichtenübermittlung	3,1	0,6	0,8	1,7
Sonstige Dienste ⁸⁾	15,2	1,5	6,0	1,0
Wohnungswirtschaft	5,8	3,1	1,6	7,8
Öffentliche Haushalte ⁹⁾	46,1	9,8	0,2	36,2
Alle Wirtschaftszweige	359,9	52,4	162,1	145,4
	in vH der Bruttowertschöpfung			
Nahrungsmittelbereich ⁶⁾	100,0	15,9	25,3	59,1
Produzierendes Gewerbe ⁷⁾	100,0	12,4	61,0	26,6
Energie- und Brennstoffe	100,0	24,6	60,7	14,7
Chemische Industrie	100,0	11,9	76,2	11,9
Metallurgie	100,0	15,8	67,7	16,5
Baumaterialien	100,0	17,6	56,9	25,5
Maschinen- und Fahrzeugbau	100,0	11,2	52,3	36,5
Elektrotechnik u.a.	100,0	11,1	58,1	30,9
Leichtindustrie	100,0	10,6	59,1	30,3
Textilindustrie	100,0	6,2	74,7	19,2
Handwerk	100,0	3,3	21,3	75,4
Bauwirtschaft	100,0	6,3	50,0	43,7
Tertiärer Bereich	100,0	18,2	20,9	60,9
Handel, Gaststätten	100,0	6,7	43,5	50,2
Verkehr	100,0	23,3	23,9	53,5
Nachrichtenübermittlung	100,0	19,4	25,8	54,8
Sonstige Dienste ⁸⁾	100,0	9,9	39,5	6,6
Wohnungswirtschaft	100,0	53,4	27,6	134,5
Öffentliche Haushalte ⁹⁾	100,0	21,3	0,4	78,5
Alle Wirtschaftszweige	100,0	14,6	45,0	40,4

1) Einschließlich Verrechnungen für den Produktionsverbrauch. — 2) Einschließlich Mieten und Pachten. — 3) Zinsen, sonstige Kosten und Verrechnungen für den Produktionsverbrauch. — 4) Als Rest ermittelt. — 5) Brutto-Geldeinnahmen aus Berufstätigkeit zuzüglich Betriebszuschüsse zur Sozialversicherung. — 6) Land- und Forstwirtschaft und Lebensmittelindustrie. — 7) Ohne Lebensmittelindustrie. — 8) Sonstige produzierende Bereiche und dienstleistende Wirtschaft. — 9) Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und kulturelle und soziale Betreuung der Bevölkerung ohne dienstleistende Wirtschaft.

Quellen: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1988; Berechnungen des DIW.

In einer Modellrechnung ist versucht worden, die Auswirkungen auf die Kostenstruktur der Wirtschaftszweige abzuschätzen, die sich ergäben, wenn die wesentlichen Elemente des Abgabensystems der Bundesrepublik Deutschland übernommen werden würden. Ausgangspunkt der Berechnungen war das den Arbeitnehmern derzeit zufließende Nettoarbeitseinkommen. Es wurde hier unverändert gelassen, damit die Umstellung nicht zu Lasten der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte geht.

Berechnungsgrundlage für die Mehrwert- und die Wertschöpfungssteuer war die Summe aus Arbeitseinkommen und Abschreibungen in den Wirtschaftszweigen. Eine differenziertere Berechnung, in der auch die geringere Mehrwertsteuerbelastung der Exportgüterproduzenten zu berücksichtigen wäre, konnte nicht durchgeführt werden. Verbrauchsteuern zahlen die Wirtschaftszweige Land- und Forstwirtschaft, Lebensmittelindustrie und chemische Industrie.

Für die Abschreibungen wurde angenommen, daß es bei der unumgänglichen Neubewertung des Anlagevermögens der DDR in einer DM-Eröffnungsbilanz zu einer erheblichen Abwertung des Anlagevermögens kommt. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR weist 1988 für die Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung mit 634 Mrd. Mark ein Nettoanlagevermögen aus, das knapp halb so groß ist wie das in der Bundesrepublik Deutschland¹⁵. Dieser außerordentlich hohe Wert ist vor allem Ergebnis der wesentlich höheren Nutzungsdaueransätze in der DDR. Unter Wettbewerbsbedingungen muß damit gerechnet werden, daß erhebliche Teile des Anlagevermögens obsolet werden. Abschreibungen sind daher nur noch für die künftig in Betrieb befindlichen Anlagen zu kalkulieren. Der in der Modellrechnung angenommene pauschale Abschlag von 50 vH soll diesen Überlegungen Rechnung tragen. Diese Relation liegt sicherlich an der Obergrenze dessen, was die Unternehmen an Kapitalkosten in ihre Kalkulationen einstellen müssen.

Die Ergebnisse für die nominale Bruttowertschöpfung in den Wirtschaftszweigen der DDR sind in Tabelle 6 zusammengestellt. Für die Modellrechnung ist zunächst der für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen günstigere Fall angenommen worden, daß keine Erträge anfallen, dem Staatshaushalt also auch keine Ertragsteuern zufließen. Wenn man die so errechnete Wertschöpfung zu den bisherigen Werten in Beziehung setzt, ergeben sich Relationen, die Aufschluß geben über die Verbilligung der Wertschöpfung gegenüber dem Status quo.

Die Vorleistungen konnten in diese Überlegungen nicht einbezogen werden. Um solche Rechnungen durchzuführen, wäre eine Verflechtungsmatrix erforderlich, die Aufschluß über die Lieferstruktur der Vorleistungen in den jeweiligen Wirtschaftszweigen gibt. Sie ist bisher in der erforderlichen gütermäßigen Differenzierung nicht ver-

füßbar. Rückschlüsse auf die Größenordnung der Spielräume für Preissenkungen bei den Vorleistungen lassen sich aber auch aus den Relationen für die Wertschöpfung ziehen. Wenn es bei den mengenmäßigen Proportionen bleibt, schlagen die Preise für die Wertschöpfung auch auf die Produktionswerte durch, allerdings je nach Branche in dem Verhältnis, das dem Produkt-Mix der Vorleistungen dieser Branche entspricht. Da das produzierende Gewerbe überdurchschnittlich an den Lieferungen von Vorleistungen beteiligt ist, dürfte die mögliche Verbilligung von Vorleistungen stärker von den Preisen des warenproduzierenden Gewerbes beeinflußt werden. Die zu erwartende Verbilligung der Einfuhren wird zusätzliche Preissenkungsspielräume eröffnen: Bisher sind die Importgüter den Unternehmen vom Staat stark überteuert in Rechnung gestellt worden.

Die Umgestaltung des Steuersystems würde den Unternehmen bei der Gestaltung ihrer Preise erheblich mehr Spielraum nach unten geben als bisher. Wären sie gezwungen, diese Spielräume in Anspruch zu nehmen, könnten sie, ohne ihre Überlebensfähigkeit zu gefährden, die Preise im Durchschnitt um etwa 30 vH senken. Dies ist allerdings nur das Ergebnis einer Modellrechnung, in der angenommen wurde, daß keine Gewinne anfallen. Letztlich kommt es darauf an, welche Preise die Unternehmen der DDR für ihre Produkte am Markt erzielen können. Müssen sie nicht den gesamten Spielraum in Anspruch nehmen, erzielen sie Gewinne.

Welche Marktposition die Unternehmen letztlich erreichen, kann a priori nicht gesagt werden. In einer zweiten Modellrechnung ist daher hilfswiese angenommen worden, daß die Unternehmen Gewinne erwirtschaften, die im Verhältnis zum Arbeitseinkommen in den jeweiligen Branchen den Relationen in der Bundesrepublik entsprechen. Selbst dann könnte das durchschnittliche Preisniveau in der DDR bis zu 20 vH sinken.

Die Gefahr, daß solche Modellrechnungen überinterpretiert werden können, ist groß. Das Beispiel des Nahrungsmittelbereichs, zu dem hier die Landwirtschaft und das Ernährungsgewerbe zusammengefaßt worden sind, macht dies deutlich. Da in diesem Bereich die Subventionen teilweise höher sind als die Abgaben, weisen die Modellergebnisse auf eine relative Verteuerung der Produktion hin. Rein rechnerisch müßte die Verteuerung wohl noch höher ausfallen als in der Modellrechnung, weil die Erzeugerpreise in der Landwirtschaft heute zwei- bis dreimal so hoch sind wie in der Bundesrepublik, wo die landwirtschaftliche Produktion auch erheblich subventioniert wird. Mit höheren Preisen als vorher kann unter Wettbewerbsbedingungen aber kaum gerechnet werden, Einkommensausfälle wären in diesem Bereich also unausweichlich. Soll die Landwirtschaft in der DDR exi-

¹⁵ Vgl. Gewinne und Investitionen der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: B. Görzig: In: Wochenbericht des DIW, Nr. 20/1989.

Tabelle 6

**Modellrechnung für die Kostenstruktur der Wirtschaftszweige der DDR
bei Anwendung des Abgabensystems der Bundesrepublik
1988**

	Bruttowertschöpfung ¹⁾	Abschreibungen ²⁾	Indirekte Steuern ³⁾ , Zinsen ⁴⁾	Arbeitseinkommen		
				Insgesamt	Nettoeinkommen ⁵⁾	Lohnsteuern ⁶⁾ - und Sozialabgaben
	Mrd. DM					
Nahrungsmittelbereich ⁷⁾	34,2	2,8	9,7	24,8	16,3	8,4
Produzierendes Gewerbe ⁸⁾	100,6	13,2	22,7	67,7	44,6	23,1
Energie- und Brennstoffe	10,6	3,5	2,1	5,1	3,3	1,7
Chemische Industrie	10,7	2,5	5,1	6,1	4,0	2,1
Metallurgie	4,6	1,0	0,9	2,6	1,7	0,9
Baumaterialien	2,5	0,5	0,5	1,6	1,0	0,5
Maschinen- und Fahrzeugbau	24,1	2,2	4,7	17,2	11,3	5,9
Elektrotechnik u.a.	11,4	1,2	2,2	8,0	5,3	2,7
Leichtindustrie	10,7	1,1	2,1	7,5	4,9	2,6
Textilindustrie	4,7	0,5	0,9	3,3	2,2	1,1
Handwerk	7,0	0,1	1,4	5,5	3,6	1,9
Bauwirtschaft	14,3	0,6	2,8	10,9	7,2	3,7
Tertiärer Bereich	108,4	10,2	17,3	81,0	53,4	27,6
Handel, Gaststätten	19,8	0,8	3,9	15,1	10,0	5,2
Verkehr	14,9	1,8	2,9	10,1	6,7	3,5
Nachrichtenübermittlung	2,9	0,3	0,6	2,0	1,3	0,7
Sonstige Dienste ⁹⁾	12,5	0,7	2,5	9,3	6,2	3,2
Wohnungswirtschaft	6,1	1,6	3,3	1,2	0,8	0,4
Alle Wirtschaftszweige	243,2	26,2	49,6	173,5	114,3	59,2
	Abweichungen vom Status quo in vH					
Nahrungsmittelbereich ⁷⁾	97,2	50,0	109,1	119,3	100,0	190,2
Produzierendes Gewerbe ⁸⁾	47,2	50,0	17,4	119,3	100,0	190,2
Energie- und Brennstoffe	37,2	50,0	12,0	119,3	100,0	190,2
Chemische Industrie	24,9	50,0	15,6	119,3	100,0	190,2
Metallurgie	34,3	50,0	9,9	119,3	100,0	190,2
Baumaterialien	49,1	50,0	17,0	119,3	100,0	190,2
Maschinen- und Fahrzeugbau	61,2	50,0	22,9	119,3	100,0	190,2
Elektrotechnik u.a.	52,6	50,0	17,7	119,3	100,0	190,2
Leichtindustrie	51,5	50,0	17,0	119,3	100,0	190,2
Textilindustrie	32,0	50,0	8,4	119,3	100,0	190,2
Handwerk	114,4	50,0	108,1	119,3	100,0	190,2
Bauwirtschaft	68,8	50,0	26,9	119,3	100,0	190,2
Tertiärer Bereich	97,2	50,0	74,3	119,3	100,0	190,2
Handel, Gaststätten	78,4	50,0	35,4	119,3	100,0	190,2
Verkehr	93,4	50,0	77,4	119,3	100,0	190,2
Nachrichtenübermittlung	94,3	50,0	73,8	119,3	100,0	190,2
Sonstige Dienste ⁹⁾	82,1	50,0	42,2	119,3	100,0	190,2
Wohnungswirtschaft	105,5	50,0	202,4	119,3	100,0	190,2
Alle Wirtschaftszweige	67,6	50,0	30,6	119,3	100,0	190,2

1) Einschließlich Mehrwertsteuer. — 2) Einschließlich Mieten und Pachten. — 3) Mehrwertsteuer: 18 Mrd. Mark; Wertschöpfungssteuer: 12 Mrd. Mark; Verbrauchsteuer: 6 Mrd. Mark. — 4) Zinsen und sonstige Kosten: 14 Mrd. Mark. — 5) Netto-Geldeinnahmen aus Berufstätigkeit abzüglich der freiwilligen Beiträge der Arbeiter und Angestellten und der Beiträge der Selbständigen und Genossenschaftsmitglieder zur Sozialversicherung. — 6) Einschließlich der Steuern auf das Arbeitseinkommen von Selbständigen und Genossenschaftsmitgliedern. — 7) Land- und Forstwirtschaft und Lebensmittelindustrie. — 8) Ohne Lebensmittelindustrie. — 9) Sonstige produzierende Bereiche und dienstleistende Wirtschaft.

Quellen: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1988; Berechnungen des DIW.

stanzfähig bleiben, wird dort ein System von Regulierungen wie in der Bundesrepublik unumgänglich sein.

Im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft ist vor allem ein Ergebnis der Modellrechnungen bedeutsam: Es gibt nicht nur generell erhebliche Spielräume für Preissenkungen; auch die künftig zu erwartende Preisstruktur wird sich erheblich von der jetzigen unterscheiden. Die Kostenentlastungen wären bei der Warenproduktion sehr viel größer als im tertiären Bereich. Damit würde tendenziell die Wettbewerbsfähigkeit derjenigen Unternehmen verbessert, die international gehandelte Güter anbieten, gegenüber jenen, deren Aktivitäten vornehmlich auf den Inlandsabsatz gerichtet sind. Diese generelle Verschiebung der Preisstruktur würde auch dazu führen, daß anteilig mehr Mittel aus den verfügbaren Einkommen der DDR inlandswirksam gebunden werden und der Spielraum für den Kauf von Gütern aus der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland kleiner wird.

Da im Zuge der Umgestaltung des Abgabensystems auch die bisherigen Subventionen wegfallen, wird die Produktion für eine Reihe von Gütern auch teurer. Insbesondere der Wegfall der Subventionen für den privaten Verbrauch läßt erwarten, daß die Preise hier per Saldo steigen. Die Wünsche der Bevölkerung in der DDR nach dauerhaften Konsumgütern aus der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland werden sich daher zunächst kaum in dem Umfang realisieren lassen, wie dies häufig angenommen wird.

Zur Entwicklung des Preisindex der Lebenshaltung

Für die Berechnung der Auswirkungen der Währungsunion auf das Konsumverhalten und das Preisniveau der Lebenshaltung der Privathaushalte in der DDR mußte 1985 als Basisjahr herangezogen werden, da für dieses Jahr die letzten vollständigen Angaben über Kaufkraftparitäten zur Bundesrepublik vorliegen¹⁶.

Alle Veränderungen im Warenkorb der DDR-Haushalte werden der Einfachheit halber als reine Preiseffekte ausgewiesen. Tatsächlich sind darin zum Teil aber auch erhebliche Qualitätsverbesserungen enthalten, die durch den Zugang zu Westwaren zustande kommen. Auch bei dieser Modellrechnung wurde generell unterstellt, daß die Mark-Beträge der verfügbaren Nettoeinkommen der Privathaushalte 1 : 1 in D-Mark-Beträge umgestellt werden. Es wurde versucht, eine *obere* (pessimistische) und eine *untere* (optimistische) Variante zu quantifizieren. In beiden Fällen wird allerdings angenommen, daß die Mieten zunächst noch unverändert bleiben.

Bei der *oberen Variante* wird unterstellt, daß die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, Dienstleistungen und Reparaturen real unverändert bleiben, es somit hier zu einem kräftigen Anstieg der nominalen Ausgaben kommt. Die für den Kauf von Industriewaren im jeweiligen

Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel errechnen sich dann als Rest. Als Preise gehen jeweils die für das Basisjahr 1985 berechneten Kaufkraftparitäten zur Bundesrepublik in die Berechnungen ein. Dabei ergeben sich gegenüber dem Basiszeitraum erhebliche Verschiebungen in der Verbrauchsstruktur. So steigt der nominale Ausgabenanteil für Dienstleistungen und Reparaturen etwa auf das Doppelte, während sich der Anteil für den Kauf von Industriewaren etwa halbiert. In Rentner-Haushalten sinkt er in diesem Fall sogar gegen Null. Insgesamt würde dies zu einem Anstieg des Preisniveaus der Lebenshaltung gegenüber dem Basisjahr um rund ein Fünftel führen. Bei Rentner-Haushalten beläuft sich der Anstieg sogar auf fast 40 vH. (Tabelle 7, Variante A).

Erhalten Rentner-Haushalte — wie vom DIW vorgeschlagen — monatlich einen Zuschlag von 250 DM (pro Rentner 165 DM), so würde sich der Preisauftrieb für diese Haushalte auf knapp 30 vH verringern, der reale „Gewinn“ gegenüber dem Basiszeitraum würde dabei aber immer noch 10 vH betragen. Ausschlaggebend für den geringeren Preiseffekt ist, daß der Anteil der Käufe von — im Preisniveau niedrigeren — Industriewaren wegen der höheren verfügbaren Einkommen wieder deutlich steigen kann. Für den Durchschnitt aller Privathaushalte ändert sich — wegen des geringen Anteils der Rentner-Haushalte (etwa ein Viertel) — allerdings dabei nur wenig. (Tabelle 7, Variante B).

Die *untere Variante* unterscheidet sich von der oberen vor allem dadurch, daß die Preise bei einigen Gütern niedriger angesetzt wurden. So wurde für die Industriewaren im Güterbündel der privaten Haushalte eine Halbierung der Preise gegenüber dem derzeitigen Niveau angenommen. Dies scheint auf den ersten Blick eine gravierende Preisreduzierung zu sein, doch wird sie von den Berechnungen über die Kostenseite gedeckt. Die DDR-Unternehmen dürften zumindest in der ersten Zeit nach der Währungsumstellung gezwungen sein, hohe Preisnachlässe zu gewähren, um so gegen Westwaren konkurrieren zu können. Gleichzeitig sind die DDR-Haushalte gezwungen, möglichst preisgünstige Industriewaren zu kaufen, um dadurch die Realeinkommenseinbußen in anderen Bereichen auszugleichen.

Schwierig einzuschätzen sind die Preiseffekte des unterstellten Subventionsabbaus in der DDR. Örtlich gebundene Güter und ein Teil der Dienstleistungen dürften auch in Zukunft aufgrund des Lohngefälles erheblich billiger als in der Bundesrepublik angeboten werden. Die Energiepreise je Haushalt wurden in der Modellrechnung auf westdeutsches Niveau angehoben, weil allein schon aus Umweltgesichtspunkten eine weitere Subventionierung des Energiebereichs kaum erwünscht sein kann. Verkehrsleistungen (insbesondere der öffentliche Nah- und Fernverkehr) werden sich nach einem Subventionsabbau

¹⁶ Vgl.: Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark der DDR 1985. Bearb.: M. Melzer und H. Vortmann. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 21/1986.

Tabelle 7

Änderungen der Ausgaben- und Preisniveau-Struktur des privaten Verbrauchs
in der DDR nach Einführung der Währungsunion

	Basisjahr 1985	Obere Variante		Untere Variante	
		A ¹⁾	B ²⁾	C ³⁾	D ⁴⁾
Verbrauchsanteile, nominal					
Erwerbstätigen-Haushalte					
Insgesamt	100	100	100	100	100
Nahrungs- und Genußmittel	41	46	46	43	43
Industriewaren	42	21	21	24	24
Dienstleistungen, Reparaturen	17	34	34	33	33
Rentner-Haushalte					
Insgesamt	100	100	100	100	100
Nahrungs- und Genußmittel	51	57	50	57	57
Industriewaren	30	4	21	6	12
Dienstleistungen, Reparaturen	19	39	30	37	31
Privathaushalte					
Insgesamt	100	100	100	100	100
Nahrungs- und Genußmittel	42	47	46	44	44
Industriewaren	41	19	21	22	22
Dienstleistungen, Reparaturen	17	34	33	34	33
Verbrauchsanteile, real					
Erwerbstätigen-Haushalte					
Insgesamt	100	100	100	100	100
Nahrungs- und Genußmittel	41	46	46	35	35
Industriewaren	42	34	34	47	47
Dienstleistungen, Reparaturen	17	20	20	17	17
Rentner-Haushalte					
Insgesamt	100	100	100	100	100
Nahrungs- und Genußmittel	51	68	54	62	54
Industriewaren	30	6	28	14	28
Dienstleistungen, Reparaturen	19	26	18	23	18
Privathaushalte					
Insgesamt	100	100	100	100	100
Nahrungs- und Genußmittel	42	47	47	37	37
Industriewaren	41	32	33	45	46
Dienstleistungen, Reparaturen	17	21	20	18	17
Preiseffekt					
Erwerbstätigen-Haushalte					
Insgesamt	100	119	119	100	100
Nahrungs- und Genußmittel	100	118	118	122	122
Industriewaren	100	73	73	50	50
Dienstleistungen, Reparaturen	100	195	195	195	195
Rentner-Haushalte					
Insgesamt	100	139	129	126	114
Nahrungs- und Genußmittel	100	116	119	116	119
Industriewaren	100	95	95	50	50
Dienstleistungen, Reparaturen	100	209	209	200	198
Privathaushalte					
Insgesamt	100	120	120	102	102
Nahrungs- und Genußmittel	100	118	118	121	121
Industriewaren	100	73	75	50	50
Dienstleistungen, Reparaturen	100	196	197	195	195

1) Grundlage: Preise entwickeln sich entsprechend den Kaufkraftparitäten zur Bundesrepublik. — 2) Grundlage: wie A; zudem erhalten Rentner einen Zuschuß zur Rente von monatlich 165 DM. — 3) Grundlage: Preisniveau einiger Güter ist niedriger als die errechnete Kaufkraftparität; Erwerbstätigen-Haushalte schränken ihren Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln um 10 vH ein. — 4) Grundlage: wie C; zudem erhalten Rentner einen Zuschuß zur Rente von monatlich 165 DM.

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

zwar kräftig verteuern, doch wird das Preisniveau in der Bundesrepublik noch nicht erreicht. Unter diesen Setzungen würde der Anstieg des Preisniveaus der Lebenshaltung aller Privathaushalte in der DDR etwa 5 vH betragen.

In der unteren Variante wurde zudem angenommen, daß die Erwerbstätigen-Haushalte ihren mengenmäßigen Verbrauch an Nahrungs- und Genußmitteln um 10 vH einschränken werden, weil zu vermuten ist, daß bei den höheren Preisen auch die Verschwendung von einigen Gütern aufhören wird.

Aus der Kombination der Annahmen errechnet sich dann für alle Privathaushalte in der DDR nur noch ein geringfügiger Anstieg des Preisniveaus um 2 vH. Bei Erwerbstätigen-Haushalten könnte es sogar zu einem etwa unveränderten Preisniveau kommen, während das Preisniveau in Rentner-Haushalten um ein Viertel steigt. (Tabelle 7, Variante C).

Erhalten Rentner-Haushalte allerdings den bereits erwähnten Zuschlag von 250 DM, so könnte das Preisniveau für ihren Warenkorb aus den bereits genannten Gründen (Variante B) spürbar weniger steigen, die reale Einkommenssteigerung würde in dieser Variante sogar fast 25 vH betragen. Das Preisniveau der Lebenshaltung aller Privathaushalte verändert sich wegen des geringen Gewichts wiederum nicht merklich. (Tabelle 7, Variante D).

Die Modellrechnung zeigt, daß nach Einführung der Währungsunion nicht etwa ein Rückgang des Preisindex der Lebenshaltung für DDR-Privathaushalte erwartet werden kann, sondern — je nach Setzung — mit einem mehr oder weniger starken Preisanstieg gerechnet werden muß. Diesem entsprechen Realeinkommenseinbußen in gleicher Höhe. Am härtesten betroffen wären Rentner-Haushalte, da in diesen Haushalten der Anteil von Nahrungs- und Genußmitteln relativ hoch, der Anteil von Industriewaren relativ niedrig ist. Realeinkommensgewinne entstehen in Rentner-Haushalten nur dann, wenn der vom DIW vorgeschlagene monatliche Rentenzuschlag gezahlt würde. Ein schlechterer Umstellungskurs als 1 : 1 würde unweigerlich zu erheblich größeren Realeinkommensverlusten als den hier errechneten führen.

Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für die DDR

Überlegungen über die Größenordnung eines Infrastrukturprogramms für die DDR können sich nicht allein am Bedarf orientieren. Er ist — nach allem was man weiß — größer, als auch in einem Zehnjahreszeitraum bewältigt werden kann. Engpaßfaktor sind vielmehr die Produktionskapazitäten, die sich mobilisieren lassen, damit ein solches Programm verwirklicht werden kann.

Infrastrukturprogramme kommen zu einem ganz erheblichen Teil der Bauwirtschaft zugute. Damit würden die im Rahmen eines solchen Programms zu vergebenden Auf-

Tabelle 8

**Anlageinvestitionen in der DDR
in Mrd. Mark/DM**

	Ausrüstungen	Bauten	Bruttoanlageinvestitionen
	1988 (M)		
Wirtschaft	44	18	62
Verkehr u. Nachrichten	5	1	6
Wohnungsvermietung	—	9	9
öffentliche Dienste	6	10	16
Insgesamt	55	38	93
	Szenario einer verstärkten Investitionstätigkeit (DM)		
Wirtschaft	57	23	80
Verkehr u. Nachrichten	6	2	7
Wohnungsvermietung	—	12	12
öffentliche Dienste	8	12	21
Insgesamt	71	49	120
<i>Quelle:</i> Statistisches Jahrbuch der DDR — 1989, Staatshaushalt; Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1988; Berechnungen des DIW.			

träge zum großen Teil in der DDR selbst wirksam werden und damit erhebliche Produktions- und Beschäftigungseffekte auslösen. In welchem Tempo ein solches Infrastrukturprogramm in die Tat umgesetzt werden kann, hängt somit in erster Linie von der Wachstumsdynamik dieses Wirtschaftszweiges und seiner Zulieferanten ab. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Bautätigkeit für die Wirtschaft und der Wohnungsbau ebenfalls erhebliche Baukapazitäten absorbieren. Vorstellungen über die mögliche Größenordnung eines Infrastrukturprogramms für die DDR lassen sich daher nur gewinnen, wenn die gesamte Investitionstätigkeit der DDR in die Betrachtung einbezogen wird.

Tabelle 8 zeigt, daß von den Anlageinvestitionen in Höhe von 93 Mrd. Mark ein Viertel auf den Staat und die Bereiche Verkehr und Nachrichten entfallen, die hier zur Infrastruktur zusammengefaßt worden sind. Die Hälfte davon sind Bauinvestitionen. In welchem Ausmaß die Bauwirtschaft von einer Ausweitung der Investitionen in die Infrastruktur betroffen wird, hängt damit auch von dem Wachstumstempo der Investitionen der Wirtschaft und dem Wohnungsbau ab.

Ohne Frage ist der Aufbau eines wettbewerbsfähigen Produktionsapparates die entscheidende Größe für das Gelingen der Wirtschaftsreform. Die Investitionen der Wirtschaft werden daher nicht minder rasch ausgeweitet werden müssen als die Infrastrukturinvestitionen. Für die

Aufwendungen zur Substanzerhaltung des Wohnungsbestandes und — in Grenzen — für den Wohnungsneubau gilt dasselbe. Es scheint daher gerechtfertigt, das Wachstumstempo der Investitionen nicht nach Wirtschaftsbereichen zu differenzieren, sondern von einer einheitlichen Rate der Aufstockung auszugehen, die hier mit 30 vH des im Jahr 1988 erreichten Niveaus veranschlagt wurde. Der auf diese Weise errechnete Betrag für die Anlageinvestitionen in Höhe von 120 Mrd. DM läßt sich sicherlich nicht auf ein Kalenderjahr festlegen, sondern gilt für einen 12-Monatszeitraum nach der Schaffung der Währungsunion.

Die Produktions- und Beschäftigungswirkungen, die von einer Belebung der Investitionstätigkeit ausgehen, beschränken sich nicht auf die unmittelbar an der Produktion von Investitionsgütern beteiligten Branchen,

- die Bauwirtschaft als wichtigster Produzent von Bauinvestitionen,
- die Investitionsgüterindustrien — Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik vornehmlich — als Hersteller von Ausrüstungsinvestitionen.

Über die Vorleistungsverflechtung sind auch alle anderen Wirtschaftszweige beteiligt.

Diese Zusammenhänge lassen sich mit Hilfe der Input-Output-Analyse darstellen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß im Zuge der Wirtschaftsreform Änderungen der Preisstruktur zu erwarten sind, die die Liefer- und Bezugsstrukturen tendenziell in Richtung auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik verändern. Dieser Prozeß läßt sich näherungsweise dadurch simulieren, daß in der Input-Output-Tabelle auch Informationen über die Lieferstruktur der Investitionen und die Verflechtungsbeziehungen der Wirtschaftsbereiche in der Bundesrepublik berücksichtigt werden. Ermittelt wurden die direkten und

indirekten Beschäftigungseffekte für die Wirtschaftszweige, die von einer Belebung der Investitionstätigkeit in dieser Größenordnung ausgelöst werden. Die der Investitionstätigkeit im Jahre 1988 zurechenbare Gesamtzahl an Beschäftigten bewegt sich in der Größenordnung von 1,5 Mill.

Käme es zu einer Aufstockung nicht nur der Infrastrukturinvestitionen, sondern auch der Investitionen der Wirtschaft und im Wohnungsbau um 30 vH, so würde ein solcher Prozeß positive Beschäftigungswirkungen in der Größenordnung von 500 000 Personen haben. Die Zahl der Beschäftigten, die — direkt und indirekt — der Investitionstätigkeit zuzurechnen sind, würde damit auf fast 2 Mill. zunehmen. Die Bauwirtschaft allein würde ihren Beschäftigtenbestand von derzeit 560 000 um 150 000 aufstocken müssen, gesetzt den Fall, das gesamte Investitionsvolumen und die zu seiner Herstellung erforderlichen Vorleistungen würden in der DDR produktionswirksam. Bei den wichtigsten Lieferanten von Ausrüstungsinvestitionen sind die rechnerischen Beschäftigtenzuwächse zwar geringer, aber immer noch erheblich (vgl. Tabelle 9). Dies muß nicht heißen, daß es in diesen Wirtschaftsbereichen zu einer Mehrbeschäftigung insgesamt kommt. Die elektrotechnische Industrie z.B. produziert ja nicht nur Investitionsgüter, sondern auch Geräte für den privaten Verbrauch und den Export. Einschränkungen der Produktion für diese Nachfragebereiche können dazu führen, daß die positiven Beschäftigungseffekte einer verstärkten Investitionsnachfrage durch Beschäftigungseinbußen bei anderen Nachfragebereichen überkompensiert werden.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die grundlegend veränderte Importverflechtung in einem einheitlichen Währungsgebiet. Auch bei der Investitionsnachfrage ist nicht damit zu rechnen, daß sie in dem bis-

Tabelle 9

Beschäftigungswirkungen einer erhöhten Investitionstätigkeit

	1988		Szenario einer verstärkten Investitionstätigkeit		
	Beschäftigte insgesamt	Den Investitionen zurechenbare Beschäftigte			
		Insgesamt	Zunahme gegenüber 1988		
	in 1000			in vH	
Grundstoffe	810	160	210	50	6
Maschinen- u. Fahrzeugbau	960	330	440	110	11
Elektrotechnik	460	170	230	60	13
Baugewerbe	560	440	590	150	27
Übrige Wirtschaftszweige	6 510	420	560	140	2
Wirtschaftszweige insgesamt	9 300	1 520	2 030	510	5

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR — 1989, Staatshaushalt; Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1988; Berechnungen des DIW.

Tabelle 10

Ein Szenario der Importwirkungen einer erhöhten Investitionstätigkeit

	Rechnerische Beschäftigungswirkungen der Investitionsnachfrage in 1000	davon entfallen auf		
		zusätzliche Importe		DDR
		in vH	in 1000	
Grundstoffe	210	10	20	190
Maschinen- u. Fahrzeugbau	440	25	110	330
Elektrotechnik	230	40	90	140
Baugewerbe	590	15	90	500
Übrige Wirtschaftszweige	560	10	60	500
Wirtschaftszweige insgesamt	2 030	18	370	1 660

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR — 1989, Staatshaushalt; Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1988; Berechnungen des DIW.

herigen Umfang den Unternehmen in der DDR zugute kommen wird. Bereits jetzt haben die Einfuhren bei den Bruttoinvestitionen einen Anteil von mehr als 20 vH. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die importierten Investitionsgüter infolge hoher Umrechnungskurse überbewertet sind. Vor allem bei Ausrüstungsinvestitionen ist mit einer erheblichen Ausweitung der Importanteile aus der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland zu rechnen. In der Bauwirtschaft wird es dagegen eher zu Niederlassungen westdeutscher Firmen in der DDR kommen, die den überwiegenden Teil ihrer Beschäftigten in der DDR rekrutieren. Auch bei einer vorsichtigen Einschätzung des Volumens dieser zusätzlichen Importe an Investitionsgütern, die in einem einheitlichen Währungsraum zu erwarten sind, kommt man zu Größenordnungen, die auch für die Bundesrepublik quantitativ von Bedeutung sind.

Ein mögliches Szenario dieser zusätzlichen Importwirkungen zeigt Tabelle 10. Mit den Importanteilen, wie sie in diesem Szenario angenommen worden sind, wird verdeutlicht, welcher Teil der bisher in der DDR beschäftigungswirksamen Investitionsnachfrage durch zusätzliche Importe substituiert werden würde. Nur in den Grundstoffindustrien, in der Bauwirtschaft und in den übrigen Wirtschaftszweigen würden positive, von der Investitionsnachfrage induzierte Beschäftigungswirkungen eintreten. Im Maschinenbau würden die rechnerischen Beschäftigungszuwächse durch Importe gerade aufgezehrt werden, in der Elektrotechnik würde der Beschäftigtenstand von 1988 nicht einmal gehalten werden.

Beschäftigungsstruktur und Beschäftigungsperspektiven der DDR-Wirtschaft

Die Überlegungen zur Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft konzentrieren sich meist auf international ge-

handelte Industriegüter und die Frage, welche Zukunftsperspektiven die Produktion dieser Güter in der DDR hat. Dabei wird häufig übersehen, daß eine Vielzahl von Gütern, vor allem in den Dienstleistungsbereichen, aber auch in der Warenproduktion (Bauleistungen z.B.), zum überwiegenden Teil nicht in den internationalen Warenaustausch einbezogen sind, sondern von Unternehmen im näheren Umkreis der Nachfrager angeboten werden. Nachfrage, die sich auf diese Güter richtet, wird daher zum großen Teil in der DDR selbst wirksam. Einige dieser Bereiche — der Tourismus z.B. — haben auch bisher kaum genutzte Exportchancen.

Kommt es zu einer Wirtschaftsunion, ist daher zu erwarten, daß — teilweise erhebliche — Produktions- und Beschäftigungseinbußen in einer Reihe von Branchen einhergehen mit einer Stabilisierung der Beschäftigung und möglicherweise auch Beschäftigungszuwächsen in anderen Wirtschaftszweigen. Die bisherigen Ausführungen haben deutlich gemacht, daß die DDR-Wirtschaft bei dem derzeitigen Lohnniveau und einem reformierten Abgabensystem erhebliche Spielräume für Preissenkungen hat, die im Wettbewerb zum Tragen kommen können.

Niemand kann sagen, wie sich die Verhältnisse unmittelbar nach dem Übergang zu einer Wirtschaftsunion entwickeln werden. Es ist aber kaum zu erwarten, daß die Produktion so nachhaltig zurückgeht, daß anhaltende Massenarbeitslosigkeit droht. Dafür spricht die große Bereitschaft der Bürger der DDR und westdeutscher Investoren, den wirtschaftlichen Aufbau der DDR rasch voranzutreiben und damit wegfallende Arbeitsplätze durch neue zu ersetzen.

Um diese Bereitschaft in die Tat umzusetzen, bedarf es allerdings großer Anstrengungen aller Beteiligten:

— Es muß Vertrauen in das Entwicklungspotential der

DDR geschaffen werden, damit es zu einer massiven Ausweitung der Investitionstätigkeit der Wirtschaft kommt.

- Die monetären Rahmenbedingungen dafür sollten in einer Währungsunion mit einem Umstellungskurs von 1:1 und einer Umschuldung der Betriebe geschaffen werden.
- Die finanziellen Rahmenbedingungen dafür erfordern eine grundlegende Reform aller öffentlichen Haushalte von den Gebietskörperschaften bis zu den Sozialhaushalten.
- Die Aktivitäten zur Rekonstruktion und Ausweitung aller Bereiche der Infrastruktur sollten in einem umfassenden Zukunftsinvestitionsprogramm gebündelt werden.
- Dazu gehört — nicht zuletzt — ein Rahmenwerk institutioneller Regelungen, mit dem eine sozialverträgliche Belebung der Wirtschaftstätigkeit sichergestellt wird.

Dennoch wird auch unter diesen Umständen die Zahl der Beschäftigten in der DDR zunächst zurückgehen. In welchen Größenordnungen sich der Beschäftigtenabbau bewegen könnte, ist hier durch Vergleiche mit Verhältnissen in der Bundesrepublik einzugrenzen versucht worden. Als Vergleichsperiode wurde das Jahr 1970 gewählt, in dem in der Bundesrepublik das Produktivitätsniveau quantitativ in etwa den Verhältnissen entsprach, wie sie gegenwärtig in der DDR zu beobachten sind.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in einer Vergleichsperiode können zwar als Grundlage für eine Analyse von Unterschieden in der Beschäftigtenstruktur dienen, sie liefern aber keine Aufschlüsse über das Niveau der Beschäftigung. Ein erster Anhaltspunkt dafür läßt sich gewinnen, wenn die Erwerbsquote als Maßstab gewählt wird, die in der DDR höher ist als in der Bundesrepublik. Dies spricht für ein Szenario, bei dem eine Annäherung an die Erwerbsquote in der Bundesrepublik angenommen wird.

Eine andere Möglichkeit, das zu erwartende Beschäftigungsniveau in der DDR einzugrenzen, liegt darin, auf der Grundlage einer Fülle von Einzelinformationen die voraussichtlichen Beschäftigungsveränderungen in den Wirtschaftszweigen abzugreifen. Hier sind beide Wege eingeschlagen worden mit dem Ergebnis, daß nach einer ersten Phase der Konsolidierung ein Beschäftigungsniveau plausibel erscheint, das um 1 Mill. unter dem derzeitigen Niveau in der DDR liegt (Tabelle 11).

Der Vergleich mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik vor 20 Jahren macht deutlich, daß die Unterschiede nicht in den Anteilen liegen, die auf das verarbeitende Gewerbe entfallen. Die Abweichungen konzentrieren sich vielmehr auf den tertiären Bereich. Während in den Bereichen Handel, Banken und Versicherungen und auch bei den unternehmens- und haushaltsorientierten Dienstleistungen, die in der Bundesrepublik vom privaten Sektor

angeboten werden, Defizite vorhanden sind, liegen die Beschäftigungszahlen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen weit über den 1970 in der Bundesrepublik erreichten Werten.

Vergleicht man dagegen die DDR-Wirtschaft mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik im Jahr 1987, sieben Jahre später also, so wird deutlich, daß es in der Bundesrepublik erst im Gefolge einer erheblichen Effizienzsteigerung, insbesondere in der Industrie, möglich war, bei der Personalausstattung der Dienstleistungen im sozialen Bereich, im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich merklich höhere Anteile zu erlangen. Mit Ausnahme des Gesundheitswesens sind die Beschäftigtenanteile in diesem Bereich in der DDR auch jetzt noch beträchtlich höher als in der Bundesrepublik im Jahr 1987.

Solche Modellrechnungen können naturgemäß nicht mehr sein als ein erster Hinweis auf die Richtung, die der Strukturwandel der Beschäftigung in der DDR nehmen kann. Dies wird allein schon daran deutlich, daß die Bundesrepublik bereits 1970 sehr viel stärker den Erfordernissen des Weltmarkts angepaßt war und zudem in der DDR aufgrund der geringen Anpassungszeit mit stärkeren Restriktionen im Strukturwandel zu rechnen ist. Dies zeigt sich auch, wenn man Informationen auswertet, die Hinweise auf die Beschäftigungsperspektiven einzelner Wirtschaftszweige liefern.

Die *Landwirtschaft* in der DDR hat eine größere Bedeutung für die Beschäftigung als in der Bundesrepublik. Gleichzeitig ist das Erzeugerpreisniveau viel höher als in der Europäischen Gemeinschaft. Bei einer Anpassung an das westdeutsche Preisniveau wird daher ein erheblicher Druck auf die Einkommenssituation in der Landwirtschaft ausgehen. Er wird zwar weiterhin durch Subventionen gemildert werden müssen; deren Umfang wird aber nur ein Bruchteil dessen ausmachen, was bisher in diesen Bereich geflossen ist.

Allerdings ist auch zu berücksichtigen, daß in der Landwirtschaft Beschäftigte im allgemeinen stärker an ihren Arbeitsplatz gebunden sind als Beschäftigte in anderen Wirtschaftszweigen, so daß kurzfristig drastische Veränderungen der Beschäftigungssituation nicht zu erwarten sind. Zudem ergeben sich für die Landwirtschaft im Rahmen der allgemeinen Preisreform und der Möglichkeit von Importen auch Kostensenkungen — beispielsweise bei Futtermitteln und Treibstoffen.

Mittelfristig werden — wie auch in der Bundesrepublik — die zunehmenden Einkommensunterschiede zu anderen Wirtschaftsbereichen zu einer anhaltenden Abwanderung von Arbeitskräften führen. Bei einer Entflechtung der Produktionsgenossenschaften und einem verbesserten Technischeinsatz sind gleichzeitig starke Effizienz- und damit Einkommenszuwächse zu erwarten. Zu einer Reduktion der Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft wird es auch kommen, wenn Handwerks- und Baubetriebe sich verselbständigen und in andere Wirtschaftszweige ab-

Tabelle 11

Sektorale Beschäftigungspotentiale in der DDR

Wirtschaftszweige	Beschäftigte ¹⁾	Modellrechnungen bei Verhältnissen wie in der BRD				Einschätzung der Entwicklung in der DDR nach einer ersten Phase der Konsolidierung		
		von 1989	von 1970	von 1987	Differenzen zu den Modellrechnungen 1970 1987	Differenzen zu 1989		Beschäftigte
		in 1000					in vH der Beschäftigten	in 1000
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	920	700	403	-220	-517	-250	-27	670
Energie und Bergbau	295	150	117	-145	-178	-100	-34	195
Energie- und Wasserversorgung	120	63	65	- 57	- 55	- 20	-17	100
Bergbau ²⁾	175	88	52	- 87	-123	- 80	-46	95
Verarbeitendes Gewerbe	3 168	3 027	2 417	-141	-751	-820	-26	2 348
Chem. Ind., Spalt-, Brutstoffe	152	183	164	31	12	- 80	-53	72
Mineralölverarbeitung	58	10	5	- 48	- 53	- 30	-52	28
Gummiwaren, Kunststoff	97	103	114	6	17	- 20	-21	77
Steine, Erden	96	94	56	- 2	- 40	10	10	106
Feinkeramik, Glas	66	56	40	- 10	- 26	0	0	66
Metallerzeugung und -bearb.	183	276	192	93	9	- 40	-22	143
Stahl- und Leichtmetallbau	109	97	56	- 12	- 53	10	9	119
Maschinenbau	548	368	318	-180	-230	-130	-24	418
Straßenfahrzeugbau	208	268	321	60	113	- 50	-24	158
Elektrotechnik	398	340	306	- 58	- 92	-150	-38	248
Büromaschinen, ADV	56	28	29	- 28	- 27	- 20	-36	36
Feinmechanik, Optik	57	63	64	6	7	- 10	-18	47
EBM-Waren	115	146	97	31	- 18	- 25	-22	90
Holzindustrie	145	159	116	14	- 29	- 5	- 3	140
Papierindustrie	51	69	47	18	- 4	0	0	51
Druckerei	13	89	75	76	62	20	154	33
Musikinstrumente, Spielwaren	66	24	25	- 42	- 41	0	0	66
Bekleidungs Gewerbe, Leder	197	211	110	14	- 87	- 80	-41	117
Textilgewerbe	217	158	69	- 59	-148	-120	-55	97
Ernährungsgewerbe	336	284	214	- 52	-122	-100	-30	236
Baugewerbe	563	621	520	58	- 43	100	18	663
Handel ³⁾	721	1059	1167	338	446	230	32	951
Großhandel	258	421	420	163	162	90	35	348
Einzelhandel	463	638	747	175	284	140	30	603
Verkehr	628	442	460	-186	-168	- 30	- 5	598
Eisenbahnen ⁴⁾	245	126	82	-119	-163	- 50	-20	195
Schifffahrt, Häfen	33	28	14	- 5	- 19	0	0	33
Übriger Verkehr	223	152	211	- 71	- 12	10	4	233
Nachrichtenübermittlung	127	136	154	9	27	10	8	137
Dienstleistungen, Staat Org. o. Erwerbszweck	2 615	1 841	3 100	-774	485	40	2	2 655
Kredit, Versicherung ⁵⁾	63	230	346	167	283	120	190	183
Gastgewerbe	180	212	283	32	103	50	28	230
Gesundheits- und Veterinärw. ⁶⁾	381	218	377	-163	- 4	0	0	381
Beratungsdienstleistungen	133	122	394	- 11	261	80	60	213
Übrige Dienstleistungen	284	240	398	- 44	114	50	18	334
Bildung, Wissenschaft	629	228	457	-401	-172	- 70	-11	559
Sozialwesen	155	54	77	-101	- 78	- 20	-13	135
Kultur, Medien, Sport	134	57	134	- 77	0	- 30	-22	104
Öffentliche Verwaltung ⁷⁾	473	416	517	- 57	44	- 50	-11	423
Kirchen, Verbände, Parteien ⁸⁾	183	64	117	-119	- 66	- 90	-49	93
Summe	8 910	7 841	8 184	-1 069	-726	-830	- 9	8 080
Übrige staatliche Bereiche	390					-170	-44	220
Insgesamt	9 300					-1 000	-11	8 300

1) Ohne Lehrlinge. — 2) Einschließlich Uranbergbau. — 3) Einschließlich Außenhandel, ohne HO-Gaststätten. — 4) Einschließlich Reichsbahn-Sparkasse. — 5) Einschließlich Sozialversicherung. — 6) Einschließlich Hochschulkliniken. — 7) Einschließlich Volkspolizei und Ministerium für Staatssicherheit, ohne Soldaten bzw. Wehrpflichtige. — 8) Einschließlich sogenannter Massenorganisationen der DDR.

Quellen: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR, Bericht über die Berufstätigen in der DDR per 30.09.1989; Statistisches Bundesamt, Arbeitsstättenzählung vom 27.05.1970, Heft 3 und Arbeitsstättenzählung vom 25.05.1987, Heft 4; Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1988; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

wandern. Insgesamt ist in dem Szenario mit einer Freisetzung von etwa 250 000 Beschäftigten gerechnet worden.

Von der *Energiewirtschaft* und dem *Bergbau* gehen zur Zeit enorme Umweltbelastungen aus. Es werden daher voraussichtlich alle Anstrengungen unternommen werden, die Förderung von Braunkohle und ihren Einsatz in den Kraftwerken zu reduzieren. Auch beim Einsatz von Kernenergie ist mit umweltschutzinduzierten Schließungen zu rechnen.

Dagegen wird kurzfristig nur ein Teil des Energiebedarfs durch Importe gedeckt werden können. Plausibel ist eine Halbierung der Braunkohleförderung, die Stilllegung kleiner, veralteter und unrentabler Kraftwerke sowie die Verbesserung des Umweltschutzes in den Großkraftwerken. Kurzfristige Maßnahmen zur Umweltverbesserung — wie die Nutzung weniger schwefelhaltiger Braunkohle und der Einbau von Filteranlagen — werden sofortige Stilllegungen verhindern. Allerdings wird bei Wegfall der Subventionen und damit steigenden Preisen im Bereich der privaten Haushalte der Energieverbrauch zurückgehen. Im Unternehmensbereich, wo die Preise — in Mark der DDR — heute ähnlich hoch sind wie in der Bundesrepublik in D-Mark, könnte ein stärkeres Kostenbewußtsein ähnlich wirken. Mittelfristig ist mit einem Rückgang der Beschäftigung um ein Drittel zu rechnen, im Bergbau mit einer Halbierung.

Die Abschätzung der Folgen einer Währungs- und Wirtschaftsunion auf die Beschäftigung im *verarbeitenden Gewerbe* hängt im wesentlichen davon ab, welche Produktivitätssteigerungen möglich erscheinen und wie der Absatz der Produkte gesichert werden kann.

Kurzfristig sind erhebliche Produktivitätssteigerungen durch eine reibungslose Material- und Ersatzteilversorgung möglich. Die steigende Arbeitsproduktivität wird allerdings kaum zur Senkung der relativen Lohnkosten genutzt werden können. Vielmehr wird dieser Spielraum für stärkere Lohndifferenzierungen verwendet werden müssen, um insbesondere Fachkräfte an die Betriebe zu binden.

Die Analysen der Kostenstruktur haben gezeigt, daß das verarbeitende Gewerbe, wenn es zu einer Abgabenreform kommt, auch bei im Gefolge einer Sozialunion steigenden Lohnkosten erhebliche Spielräume für Preissenkungen hat. Inwieweit diese Spielräume ausreichen, trotz bestehender Qualitätsmängel den Absatz der Industrieprodukte zu sichern, ist offen. Dies hängt im wesentlichen von der spezifischen Konkurrenzsituation bei den einzelnen Produkten ab. Dabei können im wesentlichen drei Gruppen von Branchen unterschieden werden:

— Branchen, die mit ihren standardisierten Produkten zu Drittländern in Konkurrenz stehen, die noch geringere Lohnkosten aufweisen als die DDR. Hierzu zählen u.a. die Produkte der Unterhaltungselektronik und die Textil- und Bekleidungswaren. In diesen Branchen ist mit erheblichen Beschäftigungseinbußen zu rechnen.

— Branchen, die mit ihren spezialisierten Produkten mit Firmen in der Bundesrepublik und anderen Hochlohnländern konkurrieren. Beispiele für diesen Produktbereich finden sich vorwiegend im Maschinenbau, aber auch in den Wirtschaftszweigen Feinmechanik, Optik, Nachrichtentechnik und Büromaschinen. Der hohe Anteil der Exporte in die RGW-Staaten und die — wenn auch bescheidenen — Erfolge bei Ausfuhren in die OECD-Staaten lassen erwarten, daß für die betreffenden Branchen der Absatzrückgang kein allzu hohes Ausmaß annimmt.

— Branchen, die Produkte erstellen, die vorwiegend für den regionalen Absatz bestimmt sind. Zwar ist zur Zeit in der DDR die Wertschätzung der heimischen Produktion gering; die niedrige Kaufkraft wird jedoch dem Erwerb von „Westwaren“ enge Grenzen setzen, sofern die inländische Produktion im Preis niedriger ist als die Importe. So wird in diesen Bereichen nicht mit Absatzeinbußen zu rechnen sein, die ins Gewicht fallen.

Neben den kurzfristigen Produktivitätssteigerungen und der zu erwartenden Absatzentwicklung sind aber auch einige Sonderfaktoren zu berücksichtigen. Hierzu zählt vor allem die enorme Umweltbelastung, die von einigen Industriezweigen ausgeht. Insbesondere in der chemischen Industrie ist daher ein Beschäftigungsrückgang von über 50 vH angenommen worden. Auch in der Mineralölverarbeitung wird der Arbeitsplatzabbau in der gleichen Größenordnung liegen, da der Zwang zur Devisenwirtschaftung wegfällt. Auf der positiven Seite schlägt zu Buche, daß wohl schon sehr rasch alle Anstrengungen unternommen werden dürften, um die äußerst schlechte Versorgung mit Reparaturleistungen und mit nur in kleinen Serien benötigten Industriegütern zu verbessern. Handwerksleistungen in den Bereichen Elektrotechnik, Straßenfahrzeuge und Maschinenbau werden damit auch kurzfristig schon zur Stabilisierung der Beschäftigung beitragen.

Für das verarbeitende Gewerbe ergibt sich aus diesen Tendenzen insgesamt ein Beschäftigungsabbau in der Größenordnung von einem Viertel, das sind mehr als 800 000 Arbeitsplätze. Erhebliche Spielräume für Preissenkungen und verbesserte Lieferfähigkeit lassen aber den vielfach befürchteten Zusammenbruch der DDR-Industrie nicht erwarten.

Die *Bauwirtschaft* ist einer derjenigen Bereiche, die künftig mit einer rapide steigenden Nachfrage rechnen können. Die diskutierten Größenordnungen allein für die Rekonstruktion und zum Erhalt des Bestandes an Baustanz gehen in dreistellige Milliardenbeträge. Außerdem ist das Baugewerbe gefordert, wenn in der DDR nicht nur reinvestiert, sondern der Anlagenbestand ausgeweitet wird.

Die Begrenzungen für die Expansion der Bauwirtschaft liegen damit nicht auf der Nachfrageseite, sondern in dem

möglichen Spielraum zur Angebotsausweitung und den Möglichkeiten zur Finanzierung von Investitionsprogrammen. Da die Bauwirtschaft eine vergleichsweise arbeitsintensive Branche ist, kommt es darauf an, wie viele Beschäftigte auf kurze und mittlere Frist — auch im Gefolge von Umschulungsmaßnahmen — in diesen Wirtschaftszweig umgelenkt werden können.

Kommt es zu einer massiven Ausweitung der Investitionstätigkeit und vor allem auch zu einem von der Bundesrepublik finanzierten Infrastrukturprogramm, so ist auch damit zu rechnen, daß in erheblichem Maße westdeutsche Firmen in der DDR tätig werden. Diese Firmen werden zwar Personal mitbringen, darüber hinaus aber versuchen, den größten Teil ihres Beschäftigtenbedarfs auf dem Arbeitsmarkt der DDR zu decken.

Wenn es zu einer massiven Belegung der Investitionstätigkeit auf breiter Front kommt, wird die Bauwirtschaft derjenige Bereich sein, der davon am stärksten betroffen sein wird. Unter diesen Umständen erscheint eine Aufstockung der Zahl der Beschäftigten in dieser Branche um 100 000 nicht unrealistisch.

Ein für die DDR-Vergangenheit teilweise typisches Bild zeigt der *Verkehrssektor*. Transportmängel auf allen Ebenen gehen einher mit einer im Vergleich zur Bundesrepublik personellen Überbesetzung. Kurzfristige Freisetzungen von Arbeitskräften, wie sie z.B. für den Verwaltungsapparat der Bahn zu erwarten sind, werden die Ausnahme bleiben. Im Fernmeldewesen, Güterkraftverkehr und bei sonstigen Verkehrsleistungen (z.B. Taxen) können sogar Beschäftigungszuwächse erwartet werden. Die Bereiche Bahn bzw. Brief- und Paketdienst dürften in höherem Maße rationalisiert werden. Zu Beschäftigungseinbußen wird es nur bei den Eisenbahnen kommen; sie sind hier in der Größenordnung von 20 vH angenommen worden.

Bei einer Umstellung der DDR-Wirtschaft auf marktwirtschaftliche Strukturen besteht das größte Beschäftigungspotential im Bereich der *Dienstleistungen*. Besonders hervorzuheben sind hier die Finanz- und Beratungsdienste. Bislang sind diese Dienstleistungen wie etwa private Kredit- und Versicherungsleistungen in der DDR kaum vertreten.

Allerdings stellen diese Berufe zum Teil hohe Qualifikationsanforderungen an die Mitarbeiter. Auf der anderen Seite sind diese Tätigkeiten für die Funktionsfähigkeit einer Marktwirtschaft unverzichtbar. Eine Deckung des Personalbedarfs in der DDR setzt daher intensive Schu-

lungsmaßnahmen voraus, wobei nicht sofort das bundesdeutsche Qualifikationsniveau erreicht werden muß. Die zu erwartenden starken Beschäftigungszunahmen werden erst mittelfristig wirksam werden. In diesem Bereich werden zunehmend auch hochqualifizierte Arbeitskräfte aus der Bundesrepublik Beschäftigung finden.

Ebenfalls hohe Beschäftigungspotentiale liegen in der DDR im Gastgewerbe und den sogenannten übrigen Dienstleistungen, wozu u.a. die Bereiche Hauswirtschaft, Reinigungs- und Körperpflege zählen. Neben der Binnen- nachfrage werden bei deutlichen Preisvorteilen, insbesondere in Randlagen zu bundesdeutschen Städten, westdeutsche Kunden die Expansion der Beschäftigung mit tragen. Die Beschäftigung kann hier trotz einiger Probleme, — z.B. fehlt es im Touristikbereich an Hotelkapazitäten — zügig expandieren.

Für die privaten Dienstleistungen insgesamt ist hier mit einer Zunahme der Zahl der Arbeitsplätze von 300 000 gerechnet worden, das sind fast 30 vH mehr, als bisher in diesem Bereich tätig waren. Deutlich höher als in der Bundesrepublik ist in der DDR die Beschäftigung in den Bereichen Wissenschaft, Bildung und Sozialwesen. Allerdings wäre es falsch, diese Differenz allein auf Ineffizienz oder eine bessere Versorgung zurückzuführen. Die höheren Geburtenraten und insbesondere die weit stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen in der DDR schaffen auch einen vergleichsweise höheren Beschäftigungsbedarf in diesen Bereichen. Dennoch wird es auch hier zu einem Beschäftigungsabbau kommen; 10 bis 15 vH sind in dem Szenario angenommen worden.

Auch der öffentliche Verwaltungsapparat kann nicht generell als ein Potential für die Freisetzung von Arbeitskräften gelten. Entstehen in der DDR ähnliche Verwaltungsstrukturen wie in der Bundesrepublik, so wird der Verwaltungsaufwand der Länder und kommunalen Selbstverwaltungen kaum geringer sein als bei den bisherigen zentralistischen Strukturen. Zu einem kräftigen Beschäftigungsabbau wird es allerdings bei denjenigen Aktivitäten kommen, die hier zu den übrigen staatlichen Bereichen zusammengefaßt worden sind und zu denen auch die Streitkräfte zählen.

Führt man die Ergebnisse zusammen, so zeigt sich, daß für die *Gesamtwirtschaft* auch nach einer ersten Phase der Konsolidierung mit erheblichen Freisetzungen zu rechnen ist. Insgesamt bestätigen die Befunde für die einzelnen Wirtschaftszweige die Größenordnung dieses Abbaus von Arbeitsplätzen von 1 Million.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 58. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 1/1989. 141 S. DM 78,—

Revision des monetären Sektors des ökonometrischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute. Von *Reinhard Pohl* und *Rudolf Zwiener*.

Die Mehrwertsteuerbelastung privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland — Ein Vergleich empirischer Inzidenzanalysen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969, 1973 und 1978. Von *Helmut Kaiser*.

Über den Einfluß der Panelselektivität auf Längsschnittanalysen. Von *Ulrich Rendtel*.

Soziale Zusatzkosten des Verkehrs. Von *Werner Rothengatter*.

Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion; Eine Zwischenbilanz. Von *Ulrich Weißenburger*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.
II. Beschäftigung und Arbeitnehmerinkommen.

Heft 2/3-1989. 140 S. DM 78,—

Wirtschaftspolitische Strategien in den USA und in Großbritannien während der achtziger Jahre. Von *Manfred Teschner*.
Probleme der Wirtschaftslenkung im marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland. Von *Dieter Vesper*.

Die wirtschaftliche Bedeutung eines Energieversorgungsunternehmens — unternehmensbezogenes Beispiel einer regionalen Input-Output-Analyse. Von *Urs Dolinski* und *Werner Münzenmaier*.

Arbeitnehmereinkommen in Berlin im interregionalen Vergleich — Eine Analyse für das Jahr 1986. Von *Rainer Pischner*.

Zu den Stabilitätseigenschaften ausgewählter ökonometrischer Schätzfunktionen — Zur Lohn- und Preisbildung innerhalb der DIW-Version des ökonometrischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute und des disaggregierten ökonometrischen FIND-Modells des DIW. Von *Okita A'Walelu*, *Gustav-Adolf Horn* und *Rudolf Zwiener*.

Das Sozialversicherungsmodell des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Abstimmungsverfahrens der Bundesregierung. Von *Wolfgang Scholz*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 4/1989. 116 S. DM 74,—

Amtseinführung von Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Dr. Dieter Hiss

Dr. Peter Mitzscherling

Dr. Bernhard Molitor

Professor Dr. Frank Klanberg

Professor Dr. Lutz Hoffmann

Ausbildung an beruflichen Schulen von 1982 bis 2002 unter besonderer Berücksichtigung des Lehrerberarfs. Von *Wolfgang Jeschek*.

Neuberechnung der DIW-Konsummatrizen unter besonderer Berücksichtigung des Einzelhandels. Von *Jochen Schmidt*.

Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1973, 1978 und 1983. Von *Eckart Bomsdorf*.
Die Vermögensausstattung der Armen — Theoretische Überlegungen und empirische Anhaltspunkte. Von *Heinrich Schломann*.

Strukturpolitik und Intensivierung in der DDR am Beispiel der Energiepolitik. Von *Jochen Bethkenhagen*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner,
Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Quantitative Aspekte einer Reform von Wirtschaft und Finanzen in der DDR. Bearbeitet von der Arbeitsgruppe DDR im DIW.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu zwei Prospekte des Verlages Duncker & Humblot —